Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 247 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 20. Oktober 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

KP und Klepper-Ausschuß

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags setzte die Zeugenvernehmungen über die Beteiligung der Preußenkasse an der „Kölnischen Volkszeitung" fort.

Bei Sitzungsbeginn gab der Vorsitzende

eine Erklärung des Schriftstellers Leopold Schwarzschild

bekannt, der vor mehreren Jahren die Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft" gegründet und geleitet hat. Schwarzschild erklärt, es habe sich jetzt ergeben, daß auch diese Zeitschrift hohe Subventionen bekommen habe. Er lege aber Wert auf die Feststellung, daß die Subventionierung erst in einem Zeitpunkt erfolgt sei, in dem er nichts mehr mit der Zeitschrift zu tun hatte, sondern in dem die Zeitschrift bereits an den Redakteur Bernfeld übergeben war. Er, Schwarzschild, habe nicht den geringsten Anteil an den ungeheuerlichen Manipulationen von Bernfeld

Als erster Zeuge wurde dann

Generalkonsul Heinrich Maus von der „Kölnischen Volkszeitung"

gehört. Der Zeuge Maus sagt u. a., er sei im Februar 1930 bei Minister Hirtsiefer gewesen, um mit ihm zu erörtern, wie man für die geplante Umwandlung der Görres-Haus G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft noch Aktionäre bekommen könne, da das Kapital von 4 auf 6 Millionen erhöht werden solle. Es sei dabei besprochen worden, daß unter Umständen auch amtliche Stellen sich zur Beteiligung bereit finden würden, da ja

an deutschnationalen bis zu sozialdemokratischen Zeitungen der Staat zum Teil beteiligt

sei, zum Teil Subventionen gäbe.

Es kommt hierbei zu einem Zusammenstoß, weil der Vorsitzende den Zeugen ersucht, die Namen dieser deutschnationalen und sozialdemokratischen Zeitungen zu nennen, worauf Generalkonsul Maus erwidert, daß er als Zeuge zu solchen Feststellungen weniger in der Lage sei als der Vorsitzende.

Vorsitzender Zubke: Ich muß Sie bitten, nicht in dieser Tonart mit mir zu sprechen, sondern Tatsachen anzugeben, wenn Sie sie erwähnen.

Generalkonsul **Maus** lehnt jedoch ab, Namen solcher Zeitungen zu nennen und sagt, er sei gar nicht in der Lage derartige Behauptungen nachzuprüfen. Dann schildert Generalkonsul Maus, wie die Mittel des Staates schließlich durch die Heim-Bank überwiesen worden seien, und zwar in zwei Raten vom 8. Juli und 28. August 1930. Er überreichte die Quittungen und legte besonderen Wert auf die Betonung der Tatsache, daß weder ein anderer Aktionär noch der Staat jemals eine politische Einflußmöglichkeit auf die „Kölnische Volkszeitung" verlangt oder zugestanden erhalten habe.

Dem Vorsitzenden bestätigt Maus, daß er sich nicht nur an Hirtsiefer, sondern auch an andere Stellen gewandt habe, um die noch fehlenden zwei Millionen für das Aktienkapital aufzubringen. Aber eine Generalversammlung, die eine politische Tätigkeit ausüben solle, könne man nicht mit allzu viel Aktionären leiten. Die Rentabilität des Unternehmens sei gesichert gewesen. Wenn jetzt keine Dividende gezahlt werde, so, weil das Anzeigengeschäft wegen der Wirtschaftskrisis katastrophal heruntergegangen sei. Die Mindereinnahmen aus Anzeigen beziffert Maus für das Jahr auf 800 000 RM.

Auf Fragen des Abgeordneten **Dr. Muhs** (Nat.-Soz.) sagt Generalkonsul **Maus**, daß

als Geldgeber ihm gegenüber nur aufgetreten seien Minister Hirtsiefer, Direktor Lübke und Dr. Heß

(der inzwischen verstorbene Führer der preußischen Zentrumsfraktion). Wer tatsächlich der Geldgeber gewesen sei, wisse er nicht, auch heute noch nicht.

Zu einer gereizten Auseinandersetzung kommt es, als **Abg. Muhs** immer wieder auf die Frage nach der Rentabilität der „Kölnischen Volkszeitung" zurückkommt.

Zeuge **Maus** sagt, er wolle sich nicht immer wiederholen, aber seit dem 1. August habe das Blatt bereits wieder 9000 Abonnenten gewonnen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wieviele Abonnenten die K. V. denn überhaupt habe, verweigerte der Zeuge die Auskunft. Wegen der Rentabilitätsfrage verweist der Zeuge Maus auf die Generalversammlungsprotokolle.

Abg. Dr. Muhs (Nat.-Soz.): Die besagen nichts.

Maus: Ich muß mich ganz energisch gegen den Vorwurf wehren, daß ich etwas verschleiern wolle.

Dr. Muhs: Sie wissen doch, daß man im Volke sagt: Der feine Mann stiehlt nicht, er gründet eine Aktiengesellschaft, (Heiterkeit.)

Maus: Das ist dann ein sehr feiner Mann. (Erneute Heiterkeit.)

Auf weitere Fragen, ob Maus nicht doch gewußt habe, daß die Preußenkasse als Geldgeber fungiere, bleibt der Zeuge dabei, daß er nur mit den genannten drei Aktionären, nicht mit der Preußenkasse zu tun hatte. Daß Interessen des Staates dahinter ständen, sei ja ganz selbstverständlich gewesen. Er habe deshalb auch keine Bedenken gehabt, denn als anständiger Mensch pflege er keine Geschäfte zu machen, gegen die er Bedenken habe. Es wird behauptet, so sagt der Zeuge Maus, daß Preußen an einer ganzen Reihe wirtschaftlicher Unternehmen beteiligt ist. Unter diesen Unternehmungen befinden sich auch Zeitungen, und ich halte es unter diesen Umständen für richtiger, daß sich der Staat an einer großen Tageszeitung beteiligt, statt an einer Zie...lei.

Abg. Dr. Muhs: Sie wären also jederzeit bereit, staatliche Subventionen zu nehmen?

Maus: Ja! Sofern damit nicht eine politische Beeinflussung irgendwelcher Art verknüpft ist. Ausländische Gelder würde er nicht genommen haben.

Durch die Frage nach dem Inhalt einer Unterredung zwischen Konsul Maus und Klepper am 20. August 1930 sucht der Vorsitzende festzustellen, ob Maus nicht doch gewußt habe, daß das Geld von der Preußenkasse stammte. Der Zeuge sagt, Hirtsiefer habe ihn an Klepper verwiesen.

Abg. Dr. Muhs: Wenn Sie dann noch die Behauptung aufrecht erhalten, Sie hätten nicht gewußt, wer das Geld hergab, dann leisten Sie einen glatten Meineid. (Große Unruhe.)

Maus: Wer das Geld gibt, ist mir persönlich ganz gleichgültig, Sie wollen mich zwingen, zu sagen, ich hätte gewußt, daß das Geld von der Preußenkasse kam. Sie können mich aber nicht zwingen, einen Meineid zu leisten.

Auf Fragen des Zentrumsabgeordneten Metzinger bestätigt **Maus**, daß die Kölnische Volkszeitung besonders in Eupen und Malmedy im deutschnationalen Sinne gewirkt habe, und daß die Staatsregierung das stets anerkannte.

Abg. Metzinger: Geben Sie Geld zu bei dieser Auslandspropaganda?

Maus: Wenn wir keine Nebenbetriebe hätten, würde die Kölnische Volkszeitung niemals rentabel sein, ebenso wenig wie die Frankfurter, die Kölnische Zeitung, die D. A. Z. und andere. wir haben die wärmste Anerkennung gefunden von Staatsmännern aller Parteien, von Stresemann, Reichskanzler Müller. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Systemstaatsmänner.) Ich weiß nicht, was Ihre Staatsmänner für welche sind. (Heiterkeit.) Erst im Zuge, als ich hierherfuhr, hat mir ein Deutschnationaler Anerkennung zum Ausdruck gebracht, Hitler allerdings noch nicht. (Heiterkeit und Zurufe bei den Nationalsozialisten: Die werden Sie auch nicht kriegen.)

Dr. Muhs (Nat.-Soz.): Können Sie uns Namen von Deutschnationalen nennen, die Ihnen Anerkennungsschreiben geschickt haben?

Maus: Darauf verweigere ich die Aussage.

Es entspinnt sich wegen dieser Verweigerung eine

Geschäftsordnungsdebatte.

Schließlich wird die Zulässigkeit der Frage in Abwesenheit der Kommunisten mit Stimmengleichheit der Rechten gegen Sozialdemokraten und Zentrum abgelehnt. Eine neue Geschäftsordnungsdebatte ergibt sich, als der Vorsitzende den Zeugen Maus sofort vereidigen will. Das Zentrum macht geltend, daß dieses Verfahren an sich nicht üblich sei, weil in allen Untersuchungsausschüssen die Zeugenvereidigung erst am Schluß erfolge. Schließlich meint **Abg. Muhs** (Nat.-Soz.), er habe gleichfalls Bedenken gegen die Vereidigung des Zeugen Maus, weil verschiedene seiner Aussagen offenbar unrichtig seien, so daß der Ausschuß sich unter Umständen einer Mittäterschaft schuldig machen könnte.

Nachdem Generalkonsul **Maus** noch erklärt hat, er sei bereit, den Eid jederzeit zu leisten, verzichtet der Ausschuß vorläufig auf die Vereidigung.

Die Vernehmung von Direktorialmitgliedern bei der Preußenkasse

ergab, daß das Direktorium der Meinung war, es handele sich bei der Beteiligung an der Kölnischen Volkszeitung nicht um ein Geschäft des Staates, sondern um ein solches der Preußenkasse.

Direktor Lübke von der Heimbank, jenem Institut, über das die Gelder der Preußenkasse an die Kölnische Volkszeitung überwiesen wurden, sagte aus, die entsprechenden Abmachungen habe er mit Präsident Klepper mündlich getroffen. Auf die Frage, ob es denn sonst bei der Heim-Bank üblich gewesen sei, solche großen Geschäfte ohne schriftliche Festlegung abzuschließen, antwortet Zeuge **Lübke**, nein, das war ein Ausnahmefall. Der Zeuge bestätigte weiter auf Fragen, daß die Herren des Vorstandes keine Ahnung hatten, woher das Geld kam. Es habe sich bei dem Geschäft um eine Gefälligkeit der Heim-Bank gehandelt, bei dem sie keinen Pfennig verdiente. Letzten Endes hätte man sich an den preußischen Staat gehalten.

In der Nachmittagssitzung teilt der Vorsitzende mit, daß **Dr. Kaas** sein Fernbleiben entschuldigt habe. Der Ausschuß glaubt, auf diesen Zeugen verzichten zu können.

Als der Zeitpunkt herankam, der für die

Vernehmung des Reichskanzlers von Papen

vorgesehen war, waren die rund 100 Publikums- und Presseplätze im Ausschuß überfüllt. Der Ausschußvorsitzende sagte dem Reichskanzler, man wolle von ihm Auskunft über die Frage haben, ob nach seinem Wissen mit indirekten Mitteln der Preußenkasse Germaniaaktien ausgetauscht seien durch die Görreshaus AG. Minister Hirtsiefer habe gesagt, daß man Aktien der Berliner „Germania" aufkaufen wollte, um den Einfluß des Herrn von Papen auszuschalten.

Reichskanzler von Papen: Mir ist lediglich bekannt, daß zu jener Zeit ein gewisses Aktienpaket, das wohl im Besitz des früheren Ministerialdirektors Spiecker war, verkauft wurde. Dieses Paket ist zum Teil in die Hände der Görreshausgesellschaft gelangt. Mit welchen Mitteln, war mir bis zur Zeit unbekannt. Das habe ich erst durch die Nachprüfung bei der Preußenkasse erfahren.

Abg. Rau (Komm.): Gestern wurde von Minister Klepper gesagt, daß es sich beim Abschluß des Geschäftes mit der Görreshaus AG. um eine Art Gewohnheitsrecht handelte, daß also der Staat sich an mehreren Zeitungen schon beteiligt habe. Es wäre interessant, von Ihnen, Herr Reichskommissar (Heiterkeit) zu erfahren, ob die Praxis der Beteiligung des Staates an Zeitungen auch unter Ihrer Herrschaft weiter fortgeführt wurde. Ist Ihnen insbesondere bekannt, ob das Reichswehrministerium an der Täglichen Rundschau beteiligt ist, oder ob dorthin Mittel des Reichswehrministeriums fließen?

Reichskanzler von Papen: Herr Vorsitzender, ich habe folgendes zu erklären: Außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln sind

seitens der Reichsregierung, seitdem ich an der Spitze der Reichsregierung stehe, für Zwecke der Pressebeeinflussung in irgendeiner Form keinerlei Mittel aufgewandt

worden. Was die Unterstützung oder Beteiligung des Reichswehrministeriums an der Täglichen Rundschau betrifft, so ist mir das nur aus der Presse bekannt, und ich bezweifle, daß irgendwelche Mittel des Reichswehrministeriums hier verwandt worden sind.

Auf weitere Fragen des Abg. Rau erwidert der Kanzler, er habe keine Veranlassung, über jedes Zeitungsgerücht mit seinen Ministern zu sprechen. Er stelle aber anheim, den Reichswehrminister selbst zu hören.

Abg. Rau (Komm.) beantragt darauf die Vernehmung des Reichswehrministers und fügt hinzu, ihm sei bekannt, daß ein Vertreter des Reichswehrministeriums zurzeit unterwegs sei, um die Beeinflussung von Zeitungen und ihre Finanzierung durchzuführen.

Auf die Frage des **Abg. Szillat** (Soz.), ob er persönlicher Besitzer von Germaniaaktien oder nur Treuhänder sei, erwidert der Kanzler, er sei persönlicher Besitzer.

Bildbericht von der Koburger Fürstenhochzeit



Die Geschenke für das Brautpaar

Unter den zahllosen Geschenken für das fürstliche Paar befindet sich auch ein Leuchter und eine Vase aus der Staatlichen Porzellanmanufaktur, die Reichspräsident von Hindenburg geschenkt hat



Das fürstliche Brautpaar

Prinzessin Sibylle von Sachsen-Koburg-Gotha und Prinz Gustav-Adolf von Schweden, lassen sich für eine Wochenschau tonfilmen

Auf die weitere Frage, ob er eine Förderung von Zeitungen aus bestimmten staatspolitischen Gründen, die die Freiheit der Redaktion unter allen Umständen gewährleiste, als unzulässige Beeinflussung eines Zeitungsunternehmens betrachte, erwidert der Kanzler: Keineswegs.

Auf den Hinweis des **Abg. Szillat** (Soz.), daß der Reichshaushalt doch auch Fonds enthalte, deren Bestimmung nicht genau umrissen sei, wiederholt der Kanzler seine grundsätzliche Erklärung und fügt hinzu, nach seiner Kenntnis gebe es nur zwei Dispositionsfonds, aus denen Mittel für die Presse überhaupt gegeben werden könnten, nämlich die Dispositionsfonds des Reichskanzlers und der Presseabteilung in Höhe von zusammen 200 000 Mark. Die Frage, ob ihm bekannt sei, daß in den letzten Wochen Käufe in Germaniaaktien getätigt worden seien, wo die Staatsbank als Geldgeber aufgetreten sei, verneint der Reichskanzler.

Der nationalsozialistische Abgeordnete **Dr. Muhs** fragt dann unter Hinweis auf die Aussagen des Ministers Hirtsiefers, welches die Gründe gewesen seien, die zu dem Widerspruch Papens mit der offiziellen Zentrumspolitik führten und ob er schon damals die Verbindung mit den Deutschnationalen aufgenommen habe.

Der Reichskanzler erwidert, er habe seinerzeit das Aktienpaket gekauft, um in dieser Zeitung einen konservativen Einschlag zum Ausdruck zu bringen, für den auch er innerhalb der Zentrumspartei stets gearbeitet habe.

Damit war die Vernehmung des Reichskanzlers beendet.

Fragen an Staatssekretär Planck

An den Staatssekretär in der Reichskanzlei, **Planck**, der dann als Zeuge aufgerufen wird, richtet der Vorsitzende die gleiche Frage, wie an den Reichskanzler. Der Staatssekretär antwortet in demselben Sinne wie der Reichskanzler.

Abg. Metzinger (Zentr.) verlangt Auskunft darüber, wie denn im einzelnen die Mittel verwendet worden seien, die dem Reichskanzler und dem Reichspressechef für pressepolitische Zwecke zur Verfügung ständen.

Staatssekretär Planck erklärt, er habe keine Aussagegenehmigung, Einzelheiten über die Ausgabe dieser Etatsmittel mitzuteilen, worauf **Abg. Rau** (Komm.) beantragt, eine entsprechende Aussagegenehmigung einzuholen.

Der Ausschuß trifft darüber später Beschluß.

Auf die Frage des **Abg. Dr. Muhs** (Nat.-Soz.), ob die erwähnten Etatsmittel auch für parteipolitische Zwecke verwandt werden könnten, erwidert **Staatssekretär Planck**, die Ausgabe dieser Mittel stehe im Ermessen des Reichskanzlers und unterliege nur der Nachprüfung der Oberrechnungskammer.

Dr. Muhs (Nat.-Soz.): Das bedeutet eine Bejahung meiner Frage?

Staatssekretär Planck: Theoretisch dürfte ich die Frage bejahen. Daß diese Regierung die Mittel aber nicht in diesem Sinne verwendet, liegt durchaus im Charakter der jetzigen Reichsregierung. (Lachen und Na-na!-Rufe.)

*

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft

In dem Verfahren, das von der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen Klepper eingeleitet worden ist, wurde von der Staatsanwaltschaft in den Räumen der Domänenbank und der Domänenbetriebs-G. m. b. H. in Berlin Material eingesehen. Beschlagnahme wurde nichts.

Die Gehälter der Reichsminister

Verschiedentlich sind während des Wahlkampfes Behauptungen über die Höhe des Gehalts des Reichskanzlers und der Reichsminister in Umlauf, die völlig von den Tatsachen abweichen.

Richtig ist, daß auf Grund des Ministergesetzes vom 29. März 1930 die Bezüge des Kanzlers sich zusammensetzen aus einem Grundgehalt von 45 000 RM., einem dreiprozentigen örtlichen Sonderzuschlag von 1 350 RM., zusammen also 46 350 RM. jährlich. Unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Kürzungen von insgesamt 37 Prozent auf Grund der Notverordnungen und des freiwilligen Verzichtes hat sich dieses Diensteinkommen um 17 149,50 RM. vermindert, so daß das jährliche Einkommen des Reichskanzlers also 29 200,50 RM. beträgt. Das steuerpflichtige Diensteinkommen des Kanzlers unterliegt den üblichen Abzügen der Einkommensteuer, dem Zuschlag für Einkommen über 8 000 RM., der Krisensteuer der Veranlagten, der Bürgersteuer und der Kirchensteuer.

Die neben diesen Bezügen dem Reichskanzler gewährte Dienstaufwandsentschädigung, deren Höhe durch den Haushaltsplan bestimmt wird, beträgt zurzeit 18 000 RM. jährlich. Einen Wohnungsgeldzuschuß bezieht der Reichskanzler nicht.

Die Gehälter der Reichsminister sind ebenfalls nach dem Gesetz vom 29. März 1930 geregelt. Danach bezieht ein Reichsminister ein Grundgehalt von 36 000 RM., dazu drei Prozent örtlichen Sonderzuschlag in Höhe von 1080 RM., zusammen 37 080 RM. Die 37prozentige Kürzung auf Grund der Notverordnungen beläuft sich auf 13 719,60 RM., so daß gegenwärtig das Ministergehalt 23 360,40 RM. beträgt. Auch dieses Gehalt unterliegt den gleichen Abzügen wie das des Reichskanzlers. Die Dienstaufwandsentschädigung der Reichsminister beträgt 4 800 RM.; ein Wohnungsgeld beziehen die Reichsminister gleichfalls nicht.

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen

Aus Friedrichshafen, 19. Okt, wird gemeldet: Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist nach seiner Rückfahrt von Pernambuco um 21,43 Uhr unter Führung von Dr. Eckener hier glatt gelandet. An Bord befanden sich 14 Passagiere.

Neue soziale Verordnungen

Ergänzung der sozialen Leistungen Aus den Bestimmungen

Die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen bringt an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen 1—6 mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen zwei Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf drei Reichsmark und bei mehr als vier Angehörigen auf vier Reichsmark.

Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. In allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig soviel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

In der Krankenversicherung läßt die neue Verordnung in beschränktem Umfange Mehrleistungen zu Gunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß anstelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen.

Die neue Verordnung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, nicht mehr gekürzt werden.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich der Kriegsopferrenten vor.

Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 RM. im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtage festgestellten Renten gelten.

In der Rentenversicherung wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen.

Die Invalidenversicherung wird leider an die Einführung von Mehrleistungen zurzeit noch nicht denken können.

Die Kosten

Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Notverordnung des Reichspräsidenten handelt, sondern um eine Verordnung der Reichsregierung, die auf Grund der in der Notverordnung vom 4. September enthaltenen Ermächtigung erlassen worden ist. Die vorliegende Verordnung enthält eine ganze Reihe von Verbesserungen der sozialen Leistungen, soweit sie nur irgendwie wirtschaftlich tragbar sind. Insgesamt belaufen sich die durch die Notverordnung entstehenden

Kosten für die nächsten fünf Monate auf rund 70 Millionen Mark.

Im einzelnen setzt sich diese Summe zusammen aus den Beträgen, die für eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung im Winter bis zum 1. April nächsten Jahres vorgesehen, und die man mit monatlich 11 Millionen Mark veranschlagt, also in fünf Monaten etwa 55 Millionen Mark. Darin sind auch die Mehrkosten der neuen Ortsklasseneinteilung und die zum Ausgleich von Härten für besondere Fälle der Bemessung von Unterstützungen ausgesetzten Beträge enthalten. Zu diesen 55 Millionen kommen noch rd. 4 Mill. hinzu, die als Kosten für die Verbesserungen der Unfallrenten ausgesetzt sind und weiter 10—11 Millionen Mark für die Kriegsbeschädigtenversorgung.

Botschafter v. Hoesch verabschiedet sich von den Deutschen in Paris

Die deutsche Kolonie in Paris veranstaltete ein Essen zu Ehren des scheidenden Botschafters von Hoesch. Die außerordentlich starke Beteiligung legte Zeugnis ab von der Verehrung und Dankbarkeit, die die Kolonie dem Botschafter dafür zollt, daß er im Laufe seiner zehnjährigen Tätigkeit die verschiedenen Organisationen aufgebaut und gefördert hat. Dieser Dank kam auch in den Reden zum Ausdruck. **Paul Block**, der Vorsitzende des deutschen Hilfsvereins, dessen Ehrenvorsitzender von Hoesch ist, wies ganz besonders darauf hin, in welchem Ausmaße der Ehrenvorsitzende das Hilfswerk unterstützte, das sich mit der Linderung der Not der Deutschen ohne Unterschied der Partei und ohne Unterschied der Konfession befaßt. Der Hilfsverein selbst hat den Dank für diese Unterstützung des Botschafters in einer Ehrenurkunde niedergelegt, die dem scheidenden Botschafter am Donnerstagnachmittag überreicht wird.

Für alle übrigen Vereinigungen sprach Direktor **Kahrweg** vom Vorstand der Deutschen Handelskammer, deren Gründung auch das Werk des scheidenden Diplomaten ist.

Botschafter von Hoesch dankte in herzlichen Worten für die Sympathiekundgebung, die ihm die in Paris wohnenden Deutschen bereitet hatten.

Anschläge durch Eisenbahnbeamte?

Vom Landeskriminalpolizeiamt Braunschweig wird mitgeteilt:

Wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an den vor einigen Jahren in und um Braunschweig verübten Anschlägen auf die Signaleinrichtungen und Züge der Reichsbahn sowie wegen dringenden Verdachts von damit zusammenhängenden Amtsunterschlagungen und Urkundenfälschungen sind zwei Reichsbahnbeamte, von denen der eine in Braunschweig, der andere früher in Magdeburg und jetzt in Berlin tätig war, dem Amtsgericht Braunschweig vorgeführt und in Untersuchungshaft genommen.

Zusammenlegung von Schlichterbezirken

Das Ausscheiden des Schlichters für Brandenburg, Reichsminister a. D. Wissell, hat die Neubesetzung dieses Postens notwendig gemacht. Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, der „Vossischen Zeitung" zufolge, da Ende des Jahres auch der für Schlesien zuständige Schlichter aus seinem Amte ausscheidet, aus Ersparnisgründen die beiden Schlichterbezirke Schlesien und Brandenburg zusammenzulegen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte soll der zurzeit für Westfalen zuständige Schlichter, Regierungsrat a. D. **Prof. Dr. Brahn**, betraut werden.

Mit dem Ausscheiden des Professors Brahn aus seiner Tätigkeit in Westfalen tritt gleichzeitig eine Neuregelung in dem Sinne ein, daß voraussichtlich dieser Schlichterbezirk dem für das Rheinland zuständigen **Oberlandesgerichtsrat Dr. Jötten** übertragen wird.

Die kommende Reichstagswahl

Listenschluß

Die Frist der Parteien für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge zur bevorstehenden Reichstagswahl läuft heute, Donnerstag, ab. Die Frist für die Vorlegung von Reichswahlvorschlägen findet ihr Ende am kommenden Sonntag. Es haben sich bereits jetzt fünf kleine Gruppen für den Reichswahlvorschlag angemeldet, darunter die Polenpartei und die Hörsing-Bewegung.

Die Zahl der Einzelvorschläge auf dem Reichswahlvorschlag dürfte, falls nicht noch viel Splitterparteien dazukommen, diesmal geringer werden als bei den letzten Wahlen. Es hatten nur 12 Parteien bei den letzten Wahlen Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Diese 12 Parteien haben ihre Nummer auf dem Reichswahlvorschlag reserviert erhalten. Einige von ihnen, so die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Deutsche Volkspartei dürften aber auf ihre Nummer für den Reichswahlvorschlag deshalb verzichten, weil sie sich anderen Vorschlägen anschließen.

Am Dienstag kommender Woche wird voraussichtlich die Sitzung des Reichswahlausschusses stattfinden, in der abschließend festgestellt wird, wieviel und welche Wahlvorschläge zur Reichstagswahl zugelassen werden.

Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei

Die Wirtschaftspartei hat für die Wahl zum Reichstag am 6. November wieder ein Wahlabkommen mit der Bayerischen Volkspartei abgeschlossen. Dafür wurde eine Reihe von Namen der Wirtschaftspartei auf den Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei gesetzt.

Listenverbindung Staatspartei—Wirtschaftspartei

Die niedersächsischen Organisationen der Deutschen Staatspartei und der Wirtschaftspartei haben ein Wahlbündnis geschlossen. Beide Parteien wollen in den Wahlkreisen Süd-Hannover-Braunschweig und Ost-Hannover eine gemeinsame Liste unter dem Namen „Niedersächsische Bürgerliche Mitte (Staatspartei und Wirtschaftspartei)" vorlegen. Spitzenkandidat für Süd-Hannover wird der frühere staatsparteiliche Landtagsabgeordnete Postamtmann Barteld (Hannover) sein, während der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Zimmermeister Freidel (Hildesheim) für Ost-Hannover die Liste führen soll. Die gemeinsame Liste wird der Reichsliste der Deutschen Staatspartei angeschlossen.

Die Auswüchse des Wahlkampfes

Große polizeiliche Razzia in Dortmund

Aus Dortmund wird berichtet, daß Mittwoch vormittag kurz vor 7 Uhr 300 Schupobeamte einen ganzen Wohnviertel im Norden der Stadt und ein Laubengelände absperrten. Zu gleicher Zeit durchsuchten etwa 130 Kriminalbeamte die Häuser vom Keller bis zum Boden. Die Durchsuchungen förderten zehn Schußwaffen und sonstige Hieb- und Stichwaffen zu Tage, ebenso Munition und Ladestreifen. Auch das anschließende Laubengelände, in dem am vergangenen Sonntag die Haupträdelsführer Zuflucht suchten, wurde gründlich durchsucht. Mehrere Personen, die sich verdächtig gemacht hatten, wurden festgenommen.

Die Schießerei in Essen-Ost

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums meldet: Zu der gestrigen Bluttat in der Schulzestraße am Parkfriedhof wird weiter mitgeteilt, daß der verletzte Reichsbannermann Hannig am 19. ds. Mts. kurz nach 11 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Die Mordkommission hat inzwischen die Personengruppe, aus der heraus die Schüsse gefallen sind, ermittelt. Außer den bereits am 18. Okt. abends festgenommenen zwei SS.-Leuten sind sechs weitere Nationalsozialisten festgenommen worden. Die eingehenden polizeilichen Untersuchungen schreiten voran, sodaß mit einer baldigen Aufklärung zu rechnen sein dürfte.

Schlägerei in einer Versammlung in Stolp

In Stolp kam es in einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei zu einer großen Schlägerei. Als der Redner sich gegen die Nationalsozialisten wandte, von deren Anhängern der Saal zur Hälfte besetzt war, warf, so berichtet das Contibüro, der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Cziorniak eine Seltersflasche gegen den Vorstandstisch. Die Nationalsozialisten versuchten sodann, die Tribüne zu stürmen. Bei dem sich darauf entwickelnden Handge-

Warenaustauschverkehr

Eine Organisation des deutsch-niederländischen Warenaustauschverkehrs

Auf Initiative des Bürgermeisters J. W. Geseink in Nienweeen, einem der Hauptzentren des niederländischen Gemüsebaus, wird jetzt eine Filiale der Gesellschaft für internationalen Warenaustausch in Düsseldorf organisiert. In einer Unterredung teilte Bürgermeister Geseink mit, daß eine Studienreise durch Westdeutschland ihn von der Notwendigkeit überzeugt habe, in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer in Düsseldorf, die wieder in engsten Beziehungen zu der Gesellschaft für internationalen Warenaustausch in Düsseldorf steht, Mittel und Wege zur Organisation eines gut funktionierenden deutsch-niederländischen Austauschverkehrs zu finden. Von vornherein sei festzustellen, daß ein derartiger Austausch auch in deutschen Regierungskreisen starken Sympathien begegne.

Mit Bezug auf die Kontingentierungspläne der Reichsregierung sei es von großem Interesse, daß Deutschland bereit sei, auch nicht limitierte niederländische Lebensmittel durch Vermittlung der Düsseldorfer Gesellschaft aufzunehmen.

Auch die Handelskammern in Geuda und im Haag zeigten starkes Interesse an dem deutsch-niederländischen Handelsverkehr. Voraussichtlich werde das niederländische Zentralbüro für Warenaustausch in Rotterdam aufgezogen werden. Nach Mitteilung des Sekretärs der Handelskammer für das niederländische Rheinland, Dr. Knibbe, eines der Initiatoren des organisierten deutsch-niederländischen Warenaustausches, werden die nach Deutschland zu vergebenden Aufträge in seinem Handelskammerbezirk durch die Handelskammer gesammelt und durch folgendes Begleitschreiben an die in Frage kommenden deutschen Firmen weitergeleitet:

„Wichtig! Wir erteilen unsere Aufträge unter der ausdrücklichen Bedingung, daß das Reichswirtschaftsministerium in Berlin Erlaubnis gibt, daß für 60 Prozent des Gegenwerts Produkte holländischer Provenienz in Deutschland eingeführt werden dürfen, und daß die hierzu nötigen Gelder außerhalb des Devisenkontingentes zur Verfügung gestellt werden.

Die Handelskammer für das niederländische Rheinland in Leiden vermittelt in diesen Sachen und besorgt das Nötige in Berlin, und zwar durch Vermittlung von der „Gesellschaft für internationalen Warenaustausch" mbH. in Düsseldorf, Benrather Straße 19."

Die niederländische Handelskammer setzt sich, sobald sie Mitteilung über die beabsichtigte Vergebung eines Auftrags erhalten hat, mit der Gesellschaft für internationalen Warenaustausch in Düsseldorf in Verbindung, deren Berliner Vertretung die weiteren Schritte unternimmt, um die Genehmigung für die Einfuhr von Waren von Holland nach Deutschland unter Umgehung der Devisenverordnung zu erhalten. Ist die Genehmigung zur freier Einfuhr von 60 Prozent des Gegenwerts der deutschen Lieferungen gegeben, so ermittelt die niederländische Handelskammer die Exporteure bestimmter Artikel, die diese nach Deutschland ausführen können, ohne befürchten zu müssen, daß die Bezahlung wegen der Devisenverordnung auf Schwierigkeiten stößt. Der deutsche Exporteur bezahlt die deutsche Ausfuhrfirma, während andererseits der niederländische Exporteur Zahlung an die niederländische Ausfuhrfirma leistet. Die Gesellschaft für internationalen Warenaustausch in Düsseldorf und die niederländische Handelskammer kontrollieren diese Zahlungen, ohne sich doch mit der finanziellen Verantwortung zu belasten.

Trebitsch-Lincoln aus Belgien abgeschoben

Der bekannte internationale Abenteurer Trebitsch-Lincoln ist aus Belgien ausgewiesen worden und ist mit dem Zuge nach Köln abgereist.

Trebitsch traf am Sonntag in Brüssel ein und nahm als buddhistischer Mönch unter dem Namen Thaokung in einem Hotel Wohnung. Sein Reisepaß war von den chinesischen Behörden in Schanghai ausgestellt. Er wurde ausgewiesen, weil er von dem dortigen belgischen Konsul zwar ein Durchreise-, nicht aber ein Aufenthaltsvisum für Belgien erhalten hatte. Nach dem Ausweisungsbefehl wurde ihm noch eine Mahlzeit in einem vegetarischen Restaurant gestattet, die er unter Aufsicht zweier Polizeibeamter einnahm.

menge wurde auf beiden Seiten eine größere Anzahl Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Mehrere Nationalsozialisten, darunter auch der Abgeordnete Cziorniak, wurden verhaftet. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst.

Die Amtsenthebung des Birkenfelder Regierungspräsidenten Dörr

In der Angelegenheit der Amtsenthebung des Regierungspräsidenten in Birkenfeld, Dörr, dem vom oldenburgischen Staatsministerium der Vorwurf gemacht worden war, den Bestrebungen der Separatisten sympathisch gegenübergestanden zu haben, ist von 23 Mitgliedern des früheren und jetzigen Landesausschusses der Provinz Birkenfeld eine Erklärung erlassen worden, in der schärfster Widerspruch gegen diese Beschuldigung erhoben wird.

Das oldenburgische Staatsministerium hätte, so heißt es in der Erklärung, diese Anschuldigung, bevor es sie veröffentlichte, prüfen und Dörr selbst vorher hören müssen. Auch der Reichsbund der höheren Beamten und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in Oldenburg haben gegen die Art und Weise, wie Dörr, ohne gehört zu werden, angeschuldigt worden sei, scharfen Einspruch erhoben. Am Sonntag hat ferner der Delegiertentag der Zentrumspartei von Birkenfeld zu der Angelegenheit Stellung genommen. Sämtliche Redner ergriffen für Dörr Partei. In einer Entschließung wird das oldenburgische Staatsministerium aufgefordert, diejenigen, welche das Staatsministerium falsch unterrichtet hätten, zu nennen.

Folgen des Sturmes

2 Tote, 8 Verletzte bei einem Eisenbahnunfall

Am Kleinbahnübergang Passendorf der Halle—Hettstedter Eisenbahn stieß ein Personenzug mit einem Kraftomnibus zusammen. Der Besitzer des Autobusses wurde auf der Stelle getötet, ein Fahrgast tödlich verletzt. Fünf Personen erlitten sehr schwere und vier leichtere Verletzungen. Die Schranken am Bahnübergang waren außer Betrieb, da sie vom heftigen Sturm stark beschädigt worden waren.

Ein Kirchturm eingestürzt

Infolge des heftigen Sturmes stürzte am Dienstagabend in Rötha der Turm der Marienkirche ein. Da infolgedessen die Lichtleitungen zerrissen wurden, war die Stadt auf lange Zeit ohne Licht.

Von dem Turm steht noch ein kurzer Stumpf. Sofort wurden Absperrungen vorgenommen. In dem Augenblick des Einsturzes ging gerade eine Einwohnerin von Rötha an der Kirche vorüber. Sie kam jedoch glücklicherweise ohne Schaden davon, da die Trümmer etwa fünf Meter von ihr entfernt niederfielen.

Hochschul- und Schulabbau in Oesterreich

Einschneidende Sparmaßnahmen im österreichischen Bildungswesen

Der österreichische Haushaltsplan für 1933 sieht trotz der nachdrücklichsten Einwendungen des Unterrichtsministers außerordentlich einschneidende Sparmaßnahmen im Bildungswesen vor. Außer dem Abbau von etwa 150 Mittelschulen und Entlassungen zahlreicher Lehrkräfte soll vom Finanzminister die Aufhebung der medizinischen Fakultät in Innsbruck, der philosophischen in Graz und der evangelisch-theologischen Fakultät in Wien vorgeschlagen worden sein.

Die gesamte Presse nimmt gegen diese Pläne in schärfster Weise Stellung und bezeichnet sie als eine Versündigung an der kulturellen Vergangenheit Oesterreichs und als schwere Gefahr für seine kulturelle Zukunft. Die höchste Erregung herrscht aber in evangelischen Kreisen darüber, daß, wie zuverlässig verlautet, über die Aufhebung der evangelisch-theologischen Fakultät an der Universität Wien bereits Beschluß gefaßt worden sei.

Der Dekan dieser Fakultät hat der Regierung eine Denkschrift übersandt, in der darauf hingewiesen wird, daß die Wiener evangelisch-theologische Fakultät die eigentliche und einzige deutsch-evangelische theologische Bildungstätte für das gesamte Deutschtum in Südost- und Osteuropa ist. Weite Kreise des In- und Auslandes würden die Auflösung als eine Verletzung der den evangelischen Glaubensgenossen im Protestantenpatent vom Jahre 1861 zugesagten Gleichberechtigung empfinden. In Anbetracht der Führung, welche maßgebende protestantische Kreise in der Weltwirtschaft inne haben, könnte die Schließung der Wiener evangelisch-theologischen Fakultät sogar sehr unerfreuliche Rückwirkungen haben.

Washington und der Fern-Ost-Konflikt

Der Leiter der Fern-Ost-Abteilung im Staatsdepartement der USA., Hornbeck, hielt eine längere Rede, in der er für Amerika das Recht in Anspruch nahm, in die japanisch-chinesischen Streitigkeiten einzugreifen. Durch die in diesem Streit angewandte Gewalt, so erklärte er u. a., seien die legitimen Interessen und wohlerworbenen Rechte dritter Staaten berührt worden. Diese Gewalt stelle einen Bruch des Weltfriedens dar und jede dritte Macht habe unbestreitbar das Recht, hierzu Stellung zu nehmen, insbesondere, wo sogar in Schanghai zeitweise die Möglichkeit gedroht habe, daß an dem Streit unbeteiligte Mächte in einen Krieg hineingezogen würden. Unter Bezugnahme auf verschiedene internationale Verträge, die Japan unterzeichnet habe, hob Hornbeck hervor, daß die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, sich um die chinesische Souveränität zu bemühen.

Die Abrüstungsverhandlungen

Snowden fordert Abrüstung auf den Stand Deutschlands!

Die „Börsenzeitung" veröffentlicht einen Artikel des ehemaligen britischen Schantzkanzlers Snowden, in dem die Methoden der Abrüstungsverhandlungen aufs schärfste verurteilt werden.

Was nottut, so führt Snowden u. a. aus, das sind nicht Verhandlungen über Rüstungsbeschränkung und „Humanisierung" des Krieges, sondern ein entschlossener Wille zur Abrüstung. Die Völker würden es enthusiastisch begrüßen, wenn der Weg zu ehrlicher Entwaffnung beschritten werden würde. Gewiß kann das kein Volk für sich allein, und es ist ungerecht, in der Rüstungsfrage mit zweierlei Maß zu messen. Gewiß muß auch jedes Volk die Möglichkeit behalten, die Ruhe im Innern aufrecht zu erhalten und sich gegen Ueberfälle zu wehren. Aber zwischen den für diese Zwecke notwendigen Waffen und der Aufrechterhaltung einer vollständigen Kriegsrüstung liegt eine Welt, und man kann

als Minimum verlangen, daß alle Völker ihre Rüstungen auf den Stand, der Deutschland beim Friedensschluß auferlegt wurde, herabsetzen.

Alles, was darüber hinausgeht, muß bei den minder bewaffneten Ländern ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufen und notwendig das Verlangen nach einer Sicherheit gewährleistenden Rüstung wachrufen.

Das „Steckenbleiben des gutgemeinten Konferenzplanes"

„Times" schreiben u. a., die Atempause, die durch das Steckenbleiben des „gutgemeinten Konferenzplanes" entstanden sei, brauche keinen Schaden zu bedeuten, falls sie gut benutzt werde. Da die Erörterung der deutschen Forderung auf jeden Fall aufgeschoben werden müsse, sollten die anderen Mächte inzwischen die goldene Gelegenheit benutzen, um festzustellen, in welcher Weise sie ihre Abrüstung durchführen wollen. Es frage sich z B., ob Frankreich bereit sei, seine beträchtlichen Streitkräfte weiter herabzusetzen, und wie es sich auf dem Gebiete der Seerüstungen zu England und Amerika stellen wolle. Eine andere Frage sei, ob England sich mit den Vereinigten Staaten in Uebereinstimmung befinde. Während der sogenannten Viermächte-Verhandlungen sei die Wichtigkeit der Teilnahme Amerikas an der Abrüstungskonferenz etwas in Vergessenheit geraten. Eine konkrete Verständigung über die künftigen Flottenbauprogramme sollte während der Verhandlungspause auf jeden Fall zustande gebracht werden.

Zwei Wege des „Daily Telegraph"

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" ist der Ansicht, daß zwei Wege in Frage kämen, um über den toten Punkt in der Abrüstungsfrage hinwegzukommen. Diese Wege seien entweder der Versuch, Deutschland und Frankreich zu veranlassen, sich mit Lausanne als Konferenzort einverstanden zu erklären, oder der Verzicht auf den Konferenzplan und Abgabe einer gemeinsamen Erklärung Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der anderen alliierten Signatarmächte von Versailles, daß Deutschland an den Genfer Verhandlungen gleichberechtigt teilgenommen habe. Die künftigen Bestimmungen über die Organisation der Landesverteidigung aller Mächte, einschließlich derjenigen Deutschlands, sollten in der abzuschließenden Konvention freiwillig angenommen werden. Die Erklärung solle dann weiter besagen, daß die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages durch diese neue Konvention, wenn auch nicht durch einseitiges Vorgehen, abgeändert werden könnten.

Eine außenpolitische Ansprache Herriots

Ministerpräsident Herriot hielt auf dem Bankett der Vereinigung der französischen Provinzpresse eine Ansprache, in der er erklärte, daß er eine „Regierung der Fälligkeitstermine" leite. Auf außenpolitischem Gebiet habe er derartige Fälligkeitstermine in Hülle und Fülle gefunden. Gerade jetzt würden Forderungen wach, die offensichtlich ernst bedrohlichen Charakter annähmen. Frankreich brauche seine ganze Wachsamkeit, um nicht nur seine eigene Ruhe, sondern auch die der anderen zu sichern. Wenn man sich bedroht fühle, gebiete der Instinkt, unverzüglich und rückhaltlos alle Verteidigungsmittel spielen zu lassen. Frankreich dürfe sich niemals der Möglichkeit aussetzen, vor irgendeinem Tribunal beschuldigt zu werden, die geringste Verpflichtung, die es mit seiner Unterschrift versehen habe, vergessen zu haben. Und wenn man, wie er, für das Leben und die Interessen Frankreichs verantwortlich sei, dürfe man nicht außeracht lassen, daß Frankreich beim Eintreten eines ernsten Ereignisses gezwungen wäre, nicht nur auf sich, sondern auch mit den anderen zu rechnen. Deshalb seien die Demarchen, zu denen seine Regierung veranlaßt werde, kompliziert. Frankreich müsse alles Erforderliche tun, um das gut Recht auf seine Seite zu bringen.

Arbeitslosenkundgebung in Dublin

Die Arbeitslosen in Dublin bekundeten Mittwoch vormittag ihre Unzufriedenheit mit dem Unterstützungssystem durch einen „Hungermarsch" in den Straßen Dublins. Man nimmt an, daß die Regierung bereit sein werde, entsprechend dem Wunsche der Arbeiterpartei die den Arbeitslosen jetzt gewährten Lebensmittelanweisungen in Geldbeträge umzuwandeln. Die Frage hat große Bedeutung für das Kabinett de Valera, da die 7 Abgeordneten der Arbeiterpartei im Parlament eine Schlüsselstellung innehaben.

Wiedereröffnung der Wiener Hochschulen

Nach neuerlicher Rücksprache mit den Vertretern der Deutschen Studentenschaft hat der Rektor der Universität Wien verfügt, daß die Universität ab Donnerstag wieder allgemein geöffnet wird. Auch die anderen Wiener Hochschulen werden morgen geöffnet werden.

Londoner Meldungen

Aenderung des englischen Goldstandards für Goldwaren

England ist von einem zweiten Goldstandard bgegangen, nämlich dem 15karätigen Goldstandard für Goldwaren, an dessen Stelle ein neuer 14karätiger Standard getreten ist. Dieser Schritt wurde nach einer großen Sitzung der Goldschmiede in der Halle der Goldschmiedezunft unternommen, die sich mit der Frage der Unterstützung des Ausfuhrhandels befaßte. Man hofft, durch Aenderung des im Auslande fast unbekannten 15karätigen Standards einen größeren Markt in Amerika und anderen Ländern zu finden, wo der 14-Karat-Standard weiter vorherrscht. Waren, die davon betroffen werden, sind u. a. Feuerzeuge, Ketten, Uhren, Goldbleistifte, goldene Handtäschchen, Zigarettenetuis, Armbänder und ähnliche Dinge.

Kleine politische Nachrichten

Die Regelung der Personalausgaben bei den subventionierten Betrieben

Zur Ausführung der Bestimmungen der Verordnung vom 4. September 1932 über die Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Betrieben sind ergänzende und erläuternde Bestimmungen in Vorbereitung, über die die Reichsregierung nach Abschluß der erforderlichen Verhandlungen unter den beteiligten Ressorts und mit den Ländern Beschluß fassen wird. Die bisher über den angeblichen Inhalt erschienenen Nachrichten entbehren jeder Grundlage.

Polizeiliche Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin

Aus Berlin wird berichtet: Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht findet eine Durchsuchung der City-Druckerei des Karl-Liebknecht-Hauses statt. Der Grund zu dieser Aktion ist, weiteres Beweismaterial zu einem bei dem Reichsgericht schwebenden Verfahren zusammenzutragen. Die Rotationsdruckmaschine der City-Druckerei wurde beschlagnahmt, da durch Sachverständige festgestellt wurde, daß auf ihr Schriften hochverräterischen Inhalts gedruckt worden sind.

Der Memeler Kreistag zum zweiten Male aufgelöst!

Im Sommer vorigen Jahres war der Kreistag im Kreise Memel aufgelöst worden, weil einige Persönlichkeiten ihr Wahlrecht nicht den Gesetzen entsprechend ausgeübt hatten. Gleich nach den Neuwahlen im Mai dieses Jahres — die den National-Litauern ebenso wie bei den Landtagswahlen eine Niederlage brachten — wurden von nationallitauischer Seite Proteste gegen die Wahlen erhoben. Diesen gesetzwidrigen Protesten gab das Verwaltungsgericht nicht statt. Jetzt aber hat das Direktorium des Memelgebietes den Kreistag des Kreises Memel aufgelöst, weil er der Ansicht ist, daß ein Teil der Wahlberechtigten verhindert worden sei, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Manin nimmt an

Aus Sinaja, 19. Okt., wird gemeldet: Manin erklärte Journalisten, daß er die Betrauung mit der Regierungsbildung endgültig angenommen habe. Minister des Aeußeren wird [illegible] werden.

Therese von Konnersreuth wird klinisch untersucht



Die diesjährige Freisinger Bischofskonferenz hat beschlossen, die Stigmatisierte von Konnersreuth, Therese Neumann, in einer Universitätsklinik einer genauen ärztlichen und allgemeinwissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Durch die medizinische Wissenschaft soll festgestellt werden, ob die Nahrungslosigkeit, die Wundmale und die Fernkommunionen Therese Neumanns auf „natürliche Ursachen" zurückgeführt werden können

Das Schutzzollsystem im amerikanischen Wahlkampf

Hoovers Verteidigung des Systems hoher Schutzzölle, das er am letzten Sonnabend in seiner Rede in Cleveland neben der Ausschließung jeglicher Einwanderung wiederum als das beste Bollwerk zur Erhaltung des Wohlstandes der Arbeiter pries, wird nicht nur von seinen demokratischen Gegnern, sondern auch von den führenden unparteiischen Zeitungen und Zeitschriften als mißglückt bezeichnet.

„Newyork Times" z. B. und andere Blätter weisen darauf hin, daß der Zolltarif nicht nur, wie die Konferenz in Ottawa gezeigt habe, zu Repressalien geführt, sondern den Wohlstand der amerikanischen Arbeiter durchaus nicht gesichert habe, denn Amerikas Außenhandel sei um etwa die Hälfte gesunken und Millionen von Arbeitern seien ohne Stellung, der Rest arbeite drei und vier Tage in der Woche für erheblich gekürzten Lohn.

Roosevelt betont, wie Reichskanzler von Papen dies in seiner Paderborner Rede tat, daß die Zollmauern gesenkt werden müßten, damit das Ausland seine Schulden an Amerika zahlen könne, und während die öffentliche Meinung der Einwanderungspolitik Hoovers durchaus zustimmt, finden sich immer weniger Stimmen, die von einer begeisterten Anhängerschaft an den Zolltarif zeugen. Hoovers Mitarbeiter beschränken sich in ihren Wahlreden auf die Wiederholung des Arguments, daß ein Wechsel in diesem Augenblick gefährlich sei, während der linke Flügel der republikanischen Partei, insbesondere die Senatoren Morris und Johnson, offen für einen Wechsel und daher für Roosevelt eintritt, und Senator Borah diesmal eine Unterstützung Hoovers ablehnt.

Präsident Hoover wird noch einige Wochenendwahlreisen unternehmen. Roosevelt dagegen rüstet sich zu einer zweiten großen Redetour durch den mittleren Westen und den Süden. Von den im ganzen Land zurzeit abgehaltenen Probeabstimmungen der Zeitungen und Zeitschriften gibt die konservativste Schätzung Hoover 235 und Roosevelt 296 der 531 Wahlmänner-Stimmen. Eine Wiederwahl Hoovers deutet keine Abstimmung an, und in demokratischen Organen werden bereits als Mitglieder des Roosevelt-Kabinetts, das am 4. März beginnen würde, Owen D. Young, Newton, de Baker und Bernhard Baruch genannt.

Wenn der Ernährer erwerbslos wird . . .



Das Schaubild zeigt, wie die Ausgaben eines Haushalts eingeschränkt werden müssen, wenn der Ernährer arbeitslos wird. Am wenigsten wird an den täglich notwendigen Lebensmitteln gespart, hier beträgt der Rückgang der Ausgaben nur 20,6 Prozent. Dagegen wird auf alles, was unter Umständen entbehrt werden könnte, weitgehend verzichtet (Anschaffung von Wäsche, Verkehrsausgaben usw.). Die Leidtragende der geschwächten Kaufkraft ist also in erster Linie die Industrie; ihre Erzeugnisse kann man noch eher entbehren als die der Landwirtschaft. — Die Steigerung der Ausgaben für Miete ist auf eine Erhöhung der gesetzlichen Miete zurückzuführen, die zu dem Zeitpunkt eintrat (1927/28), als die untersuchten Haushalte der Arbeitslosigkeit verfielen. — Der erhöhte Mietzins wird jedoch von vielen Arbeitslosen nicht gezahlt, denn die Hauszinssteuer ist ihnen erlassen. — Dieser Hauszinssteuererlaß wird aber in der Statistik als Unterstützung aufgefaßt, die auf der Einnahmeseite der Haushaltsrechnungen verbucht worden ist

Abschiedsworte Herriots

Botschafter von Hoesch überreichte **Herriot** die diesem vom Reichspräsidenten verliehene **Goethe-Medaille.**

Im Anschluß daran veranstaltete Herriot zu Ehren des scheidenden Botschafters ein Abschiedsfrühstück, an dem u. a. mehrere Mitglieder der französischen Regierung und der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, teilnahmen.

In seiner Ansprache betonte **Herriot**, Botschafter von Hoesch habe sich durch seinen Patriotismus und durch die zielbewußte Vertretung der deutschen Interessen, zugleich aber auch durch die Geradheit seines Wesens und das in langjähriger Erfahrung erworbene Verständnis für das französische Volk und Land allgemeine Achtung in Frankreich erworben. Man sehe ihn deshalb mit großem Bedauern von seinem Posten scheiden, auf dem er stets für die Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich tätig gewesen sei. Das Ziel bleibe bestehen, und er glaube, daß trotz aller Schwierigkeiten dieses Ziel nicht unerreichbar sei.

Botschafter **von Hoesch** dankte für die warmen Abschiedsworte des Ministerpräsidenten und für das ihm von der französischen Regierung überreichte Abschiedsgeschenk einer Sevres-Tafeldekoration. Auch er hoffe auf eine Regelung der gegenwärtigen Schwierigkeiten und auf eine Annäherung an das vom Ministerpräsidenten Herriot gekennzeichnete Ziel einer freundschaftlichen Verständigung. Der Botschafter schloß mit dem Wunsche nach Behebung der schweren Sorgen, die gegenwärtig auf der ganzen Welt lasteten.

Neue Schlacht im Chaco-Gebiet

Aus La Paz, 19. Okt., wird berichtet: Im Chaco-Gebiet ist nach privaten Meldungen eine heftige Schlacht zwischen Bolivianern und Paraguayern im Gange. Die Paraguayer, deren Stärke 14 000 Mann beträgt, sollen zurückgeschlagen worden sein.

Die Verjüngung des Preußischen Landtags

Hauptsächlich durch das starke Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung ist sehr viel frisches Blut in die Parlamente gekommen. Ein Vergleich zwischen dem gegenwärtigen und dem letzten Preußischen Landtag läßt diese Entwicklung deutlich in Erscheinung treten. Während noch in der letzten Wahlperiode die parlamentarischen Neulinge knapp ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl des Landtags ausmachten, nehmen sie im gegenwärtigen Landtag über die Hälfte, nämlich 232 von insgesamt 423 Sitzen ein. Diese 232 zum ersten Male gewählten Abgeordneten verteilen sich mit 155 auf die Nationalsozialisten, mit 31 auf die Kommunisten, mit 23 auf das Zentrum, mit 13 auf die Sozialdemokraten, mit 7 auf die Deutschnationale Volkspartei, mit 2 auf den Christlich-Sozialen Volksdienst und mit einem auf die Deutsche Volkspartei.

Naturgemäß mußte infolge dieses gewaltigen Ansturms neuer Parlamentarier eine große Anzahl alter parlamentarischer Kräfte auf der Strecke bleiben. Tatsächlich sind denn auch mehr als 200 in den früheren Preußischen Landtagen vertretene Abgeordnete nicht mehr gewählt worden.

Der gegenwärtige Preußische Landtag zählt nur noch acht Abgeordnete, die bereits vor der Staatsumwälzung dem Abgeordnetenhause angehörten, während die entsprechende Zahl im vorigen Landtag noch 31 betrug. Die Abgeordneten, die im gegenwärtigen Landtag auf die längste parlamentarische Tätigkeit zurückblicken können, sind im Jahre 1908 gewählt worden. Vier Abgeordnete können im nächsten Jahre ihr 25jähriges Parlamentsjubiläum feiern. Dagegen waren im letzten Landtag noch zehn Abgeordnete vertreten, die das 25jährige Parlamentsjubiläum zum Teil bereits lange hinter sich hatten. Der Alterspräsident der letzten Wahlperiode, Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, war bereits im Jahre 1882 zum erstenmal gewählt worden. Gleichfalls noch im vorigen Jahrhundert lag die erste Wahl bei den inzwischen verstorbenen Zentrumsabgeordneten Dr. Porsch, Herold und Graw, bei dem gleichfalls inzwischen verstorbenen volksparteilichen Abgeordneten und Vizepräsidenten Dr. Wiemer und bei dem deutschnationalen Abgeordneten D. Winckler.

Geheimnisvolle Tragödie unter der Sonne des Aequators

Ein Drama, das sich unter der heißen Aequatorsonne Ostafrikas abgespielt hat, regt selbst in Old England zurzeit die Gemüter auf. Der Sohn eines bekannten Löwenjägers in Nairobi, der Hauptstadt von Britisch-Ostafrika (Kenia), der 20jährige Roß, lud am 6. Oktober seine Braut Miß Stevenson und ihre Freundin Miß Koppie zu einem Autoausflug nach Nakura, 70 Meilen von Nairobi gerade unter dem Aequator, ein. Zwei Tage lang waren die drei verschwunden, dann stellte sich der junge Roß der Polizei und erklärte, er könne sich nicht erinnern, was aus seinen Begleiterinnen geworden sei. Eine Polizeiabteilung begab sich sofort auf die Suche nach den Mädchen und fand schließlich das Auto zerschmettert in einem Graben, nicht weit davon auch die Leiche von Miß Koppie mit zwei Revolverschüssen im Kopf.

Der junge Roß wurde unter dem Verdacht des Mordes festgenommen. Die Polizei, verstärkt durch zahlreiche Freiwillige, rüstete verschiedene bewaffnete Expeditionen aus und setzte die Suche nach Miß Stevenson in der Gegend des erloschenen Kraters Moengai fort, in dessen Nähe das Auto und die Leiche von Miß Koppie gefunden worden waren. Auch Flugzeuge beteiligten sich täglich an der Erforschung des von Raubtieren und Schlangen wimmelnden, mit Fels und Wald bedeckten Geländes. Sämtliche Europäer von Nakuru hatten gleichfalls ihre Arbeit im Stich gelassen, um zusammen mit vielen Negern nach Miß Stevenson zu suchen; doch alles war vergeblich.

Schließlich wandte man sich an eine Wahrsagerin vom Stamme der Kiuju, die bei den Negern großes Ansehen genießt. Nach allem möglichen Hokuspokus erklärte die Alte, das junge Mädchen sei noch am Leben und befinde sich in der Nähe des Kraters, aber nur ein einziger Mensch könne die genaue Stelle angeben. Zweitausend Menschen meldeten sich daraufhin, um nochmals zu suchen.

Die Polizei hatte inzwischen den jungen Roß aus dem Gefängnis zu der von der Wahrsagerin ungefähr bezeichneten Stelle gebracht; weil sie an seine Gedächtnisschwäche nicht recht glaubte. Tatsächlich wurde dann auf die Angaben des Roß hin das Mädchen, allerdings als Leiche, in einem dichten Gebüsch entdeckt. Da der Tod schon seit längerer Zeit eingetreten war, so war die Ursache des Todes nicht ohne weiteres festzustellen; auf einen Tod durch Erschießen deuten jedoch keine Spuren hin.

Auch Newyork muß sparen

Eine Warnung der Newyorker Bankiers, die die Stadt Newyork finanzieren, daß sie keine weiteren Anleihen gewähren könnten, wenn nicht weitgehende Sparmaßnahmen getroffen würden, hat sofort Erfolg gehabt: Der Revisor der Finanzen der Stadt Newyork, Berry, der kürzlich die Ablehnung der vom stellvertretenden Bürgermeister Mackee vorgeschlagenen Sparmaßnahmen veranlaßte, hat jetzt selbst einen Plan unterbreitet, durch den Ersparnisse von 70 bis 110 Millionen Dollar erzielt werden sollen. Das Budget der Stadt Newyork erreicht die Höhe von 615 Millionen Dollar.

Ein portugiesischer Thronprätendent

Aus Lissabon wird berichtet: Die Delegierten der monarchistischen Bewegung haben Don Duarte Numo als Prätendenten auf die portugiesische Krone und Führer der monarchistischen Bewegung aufgestellt.

Sparen ohne sich einzuschränken



darauf kommt es an.
Nehmen Sie zum Waschen, Abseifen und Schrubben nur
Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver
Es ist von größter Wasch- und Reinigungskraft und äußerst sparsam.
1 Paket kostet nur 24 Pfg.
1 Doppelpaket nur 44 Pfg.
Es gibt nichts Besseres als das seit über 50 Jahren bewährte Schwan-Pulver.
Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifix, Paket 14 Pfennig.
Sch-80 b

Jagdverpachtung

Nachdem gegen die Art der Jagdverpachtung und die Pachtbedingungen Einsprüche nicht erhoben worden sind, soll die Jagdnutzung auf den Grundstücken im hiesigen, 3741 Hektar = 14652 Morgen umfassenden Gemeindebezirke am
Montag, 24. Oktober 1932, nachm. 4 Uhr
im Saale des Gasthofs zur Eich (Inh. Herr Franz Jörgens, Eich) für die Dauer von 9 Jahren und zwar vom 1. Februar 1933 bis 31. Januar 1942 in 7 Bezirken öffentlich meistbietend zur Verpachtung ausgestellt werden.

Die Einteilung in 7 Bezirke ist so erfolgt, daß jeder derselben vom Bahnhof Wermelskirchen und außerdem 2 vom Bahnhof Berg. Born und 3 vom Bahnhof Hilgen und Tente schnell und bequem zu erreichen sind.

Jeder Pächter muß Mitglied des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins oder einer andern großen Jägervereinigung und gegen Jagdhaftpflicht versichert sein.

Wermelskirchen, den 19. September 1932.

Der Jagdvorsteher.
J. V.: Keller, Beigeordneter.

MEYERS LEXIKON



12 BÄNDE VON A-Z
VOLLSTÄNDIG
Ausführlicher, illustrierter Prospekt kostenlos durch jede Buchhandlung

Gelegenheitskauf Echt Eichen Schlafzimmer
beste Qualität, Schrank 2 Meter breit mit Zügen, für 350 RM. zu verkaufen.
Hilgen, Kölnerstraße 6.

Prima Hammel-Fleisch
(70 und 80 Rpf pro Pfund) ab Freitag-Nachmittag abzugeben. Bestellungen bei: Sixt, Burscheid, Hauptstraße 92, Telefon 530.

Kleines Anwesen
oder 3- bis 4-Zimmer-Wohnung mit etwas Land zu mieten gesucht.
Josef Theis, Bornheim.

3-Zimmer-Wohnung
m. Abstellraum (evtl. Speicherz.), Waschk., elekr. Licht u. Garten, in Burscheid oder Nähe zu mieten gesucht. Ang. m. Preis u. „WM 100" a. d. Geschäftsst. dsr. Ztg.

Schöne Alt-Wohnung
2 bis 3 evtl. auch 4 Zimmer mit allem Zubehör zum 1. November oder später billig zu vermieten
Richard Berger
Großhamberg 304.

Schöne
2 Zimmer-Wohnung
(Neubau) an ältere Leute zu vermieten, daselbst auch **ein möbl. Zimmer frei.** Preiswerte Miete. Schriftliche Angebote unter H. K. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

2 Zimmer-Wohnung
möglichst Stadtmitte, geeignet für homöopathische Sprechstunden, gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

2 bis 3 Zimmer-Wohnung
in Hilgen oder Burscheid von promptem Mietzahler zum 1. November gesucht. Angebote mit Preis unter **J. A. 93** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Schöne 2 Zimmer-Wohnung
direkt am Bahnhof Kuckenberg zum 1. November zu vermieten.
Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

2 prima trächtige Kühe



zu verkaufen.
Oskar Pott, mech. Weberei
Dünweg-Hilgen.

Kipp & Grünhoff
Opladen, Telefon 45
Holz- u. Baustoffhandlung
Wand- u. Flurplatten
Spülsteine
Tonrohre
Klosetts

BMW - Imperia und FN Motorräder
von 695 Mark an. (Steuerfrei).
Willy Hausmann
Nagelsbaum, Fernsprecher 496.

Achtung! Achtung!
Wegen Umzugs
gebe ich noch für kurze Zeit auf alle Haushaltungswaren (ausgeschlossen Lebensmittel) einen Rabatt von
15 bis 20%
Ferd. Engels, Burscheid, Hauptstr. 40

Großstadtblatt oder Heimatzeitung?

Kann Ihnen da die Wahl noch schwer fallen? Die Heimatzeitung dient in erster Linie ihrer Heimat. Eine jahrzehntelange Überlieferung, innigste Verbindung mit dem großen Leserkreis, seinen Sorgen und Wünschen schufen ein Vertrauensverhältnis, das nicht erschüttert werden kann!

Können Sie das auch von der Großstadtpresse, die jetzt wieder mächtig in unserem Burscheid wirbt, behaupten? Vertritt sie nicht zuerst die Interessen der Großstadt? Denn „Niemand kann zwei Herren dienen", auch nicht eine Zeitung?

Wollen Sie daher der Heimat dienen, so helfen Sie mit, Ihre Heimatzeitung nach Kräften zu unterstützen, durch Bezug und Weiterempfehlung! Sie erweisen sich selbst und Ihrer Bergischen Heimat den allergrößten Dienst!

Bergischer Volksbote
(Burscheider Zeitung)

Vermessungsarbeiten
für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus
Theis
Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2478

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 247 2. Blatt Donnerstag, 20. Oktober 1932

Zur Unfallversicherung im freiw. Arbeitsdienst

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister für Volkswohlfahrt den Ausführungsbehörden der Unfallversicherung des preußischen Staates einen Erlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten übersandt, dem folgendes zu entnehmen ist:

Träger der Unfallversicherung ist u. a. das Land, wenn es Träger der Arbeit ist; die Befugnis nach §§ 624, 625 RVO der zuständigen Berufsgenossenschaft beizutragen, bleibt unberührt. Indessen bezieht sich die Befugnis zum Beitritt zu einer Berufsgenossenschaft nur auf die Betriebe, die ihrer Art nach der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, nicht dagegen auf landwirtschaftliche Betriebe und dementsprechend auch nicht auf forstwirtschaftliche Betriebe einschließlich der diesen Betrieben nach § 916 und ff. RVO hinzuzurechnenden Arbeiten. Bei Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes, die ihrer Art nach der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen und bei denen der Preußische Staat „Träger der Arbeit" ist, soll im Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums von dieser Befugnis Gebrauch gemacht werden.

Für Unfälle, die bei den bereits im Gange befindlichen Arbeiten vor dem Eintritt in die zuständigen Berufsgenossenschaften entstanden sind, oder bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Arbeiten des FAD noch entstehen, fallen die Unfallkosten dem Staat als Versicherungsträger zur Last.

Durch die Neuregelung finden im übrigen, wie der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten annimmt, die nach den Berichten einiger Regierungen von verschiedenen Landesarbeitsämtern gemachten Auflagen hinsichtlich der Versicherung der Arbeitsdienstwilligen gegen Unfälle außerhalb des Betriebes und außerhalb der Arbeitszeit, welche die Inangriffnahme der Arbeiten z. T. verzögert haben, restlos ihre Erledigung. Dieser letzte Satz bezieht sich insbesondere auf Teilnahme der Dienstwilligen an Schulungsmaßnahmen und Leibesübungen.

Wohlfahrtspflege und Jugendpflege

Die vom Zweckverband der Wohlfahrtspflege treibenden evangelischen Vereinen gemeinsam mit dem Zweckverband der Jugendpflege treibenden evangelischen Vereinen des Rhein-Wupper-Kreises in das Gemeindehaus in Neuenhaus-Hilgen einberufene Führertagung zwecks Behandlung und Besprechung von Wohlfahrtspflege- und Jugendpflege-Aufgaben der Gegenwart begann unter starker Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aus unserm Kreise am gestrigen Nachmittag. Schon der erste Tag zeigte, daß eine solche Tagung gerade heute in der schweren Notzeit besonders am Platze ist und viel zur Aufklärung und zur zweckmäßigen Zusammenarbeit beiträgt.

Herr Pfarrer Dr. Eickmann-Neuenhaus begrüßte die Erschienenen aufs herzlichste und gab seiner großen Freude über die stattliche Teilnehmerzahl Ausdruck. Einen besonderen Willkommensgruß widmete er dem neuen Kreisschulrat Hövelmann, der durch seine Anwesenheit bekunde, daß er regen Anteil an allen Schul- und Jugendfragen nehme. Was uns zusammengeführt habe, das sei die Not des Tages. Die Not, die immer größer werde und die nie so drückend gewesen sei, wie gerade heute. Diese Not bedrückt am schlimmsten unsere Wohlfahrtsempfänger und unsere vorwärtsstrebende Jugend. Wenn auch die heutige Zusammenkunft nur eine Führertagung ist, so will doch die Oeffentlichkeit und vor allem unsere evangelischen Gemeinden wissen, was wir wollen und welche Wege wir gehen, um die Nothilfe auch in diesem Jahre durchzuführen. Wir müssen dies deshalb heute in einem ganz klaren Ton zum Ausdruck bringen, der auch seinen Widerhall in den Gemeinden finden wird.

Herr Bürgermeister Drexel-Wermelskirchen führte darauf folgendes aus: Im Namen der Stadtverwaltung Wermelskirchen heiße ich Sie zu Ihrer heutigen Führertagung herzlich willkommen, deren erster Verhandlungspunkt die für die kommunalen Körperschaften so wichtige Frage der Versorgung der notleidenden Bevölkerung betrifft. Ueberall haben in den letzten Wochen die Sammlungen für die Winterhilfe der Notgemeinschaften eingesetzt. Leider ist nicht zu erwarten, daß das Ergebnis dem des Vorjahres entsprechen wird. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse wirkt sich heute in den meisten Familien aus nicht nur in der Form der Verminderung der Einnahmen, sondern auch in vielen Fällen durch vermehrte Verpflichtung zur Unterstützung von in Not geratenen Angehörigen. Nicht der Wille, sondern die Möglichkeit, sich an der Winterhülfe der Notgemeinschaft zu beteiligen, ist daher für viele Kreise gesunken. Umsomehr gilt es, Zersplitterungen in der freiwilligen Wohlfahrtspflege vorzubeugen, und ich begrüße es, daß diese Frage einen besonderen Platz in Ihren Verhandlungen einnimmt. Der nachbarliche Zusammenhang und die gegenseitige Unterstützung der Nachbarn hat hier im Bergischen Lande noch eine Bedeutung, die anderwärts schon in Mittelstädten nicht mehr besteht, und die Pflege dieser Nachbarhülfe gehört nach meiner Ansicht zu der Arbeit, die dem Wesen der kirchlichen Verwaltungen besonders entspricht, während die Notgemeinschaft sich mehr auf zentrale Erfassung von Mitteln beschränken muß. Auf der andern Seite darf aber auch die Nachbarhülfe nicht zu Uebertreibungen führen. Es darf nicht dahin kommen, daß einzelne Familien, welche noch in der Lage sind, mitzuhelfen, glauben, ihren Pflichten zu genügen, wenn sie örtlich eingreifen, wo sie Not wissen, sich aber der Notgemeinschaft entziehen. Ich freue mich, daß mir Gelegenheit gegeben ist, gerade hier an diese Kreise die Bitte zu richten, sich an den öffentlichen Sammlungen zur Winterhülfe ihren Kräften entsprechend zu beteiligen. Ich wünsche, daß Ihren Verhandlungen ein voller Erfolg beschieden sei, einerseits, indem Wege der Zusammenarbeit zwischen kirchlicher und privater Wohlfahrtspflege gefunden werden, andererseits, indem durch ihren Widerhall die Sammlungen zur Winterhülfe selbst eine Stärkung erfahren.

Herr Kreisschulrat Hövelmann dankte für die freundliche Begrüßung und betonte, daß er durch seinen Besuch bezeugen wolle, daß er als Diener des Staates auch seiner Kirche dienen wolle. Kirche und Staat müßten stets zusammengehen. Wir könnten durch diese Notzeit nur hindurch kommen, wenn wir uns gegenseitig helfen in brüderlicher und schwesterlicher Gesinnung. Er wünsche und hoffe, daß die Tagung Klarheit schaffe und den Willen zur Tat zeige zum Segen für den ganzen Rhein-Wupper-Kreis.

Die Aufgaben der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege im Blick auf die Winterhilfe sonderlich im Rhein-Wupper-Kreis

Fräulein Hackenjost von der Kreisverwaltung Opladen führte zu obigem Thema u. a. aus: Wenn wir heute von der öffentlichen Wohlfahrtspflege sprechen im Zusammenhang mit der Winterhilfe, so meinen wir in der Regel nur einen Arbeitszweig innerhalb der gesamten sozialen Arbeit, nämlich die Wirtschaftsfürsorge, die heute infolge der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt der Arbeit steht. Es sind neben der Zunahme der Arbeitslosigkeit auch noch andere Faktoren, die die Verlagerung des Schwergewichts auf die Wirtschaftsfürsorge bedingen. Ich denke zunächst an die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, an die sich daraus ergebenden Notverordnungspraxis, an die Einschränkungen der Leistungen und die finanziellen Schwierigkeiten der Sozialversicherung, die deutlich eine Tendenz vom Versicherungs-Bedarfsprinzip, also zur Fürsorge kennzeichnen. Das rapide Anschwellen der Wirtschaftsfürsorge einerseits und die Finanzkrise andererseits haben naturgemäß zu einer Herabsetzung und qualitativen Verschlechterung der Leistungen für den einzelnen Hilfsbedürftigen und gleichzeitig auch eine Abkehr von den Methoden und der Zielsetzung der modernen Fürsorge geführt. Ich denke da an die Herabsetzung der Richtsätze, Einschränkung der Sachleistungen durch die öffentliche Fürsorge, Festsetzung aller Leistungen, nicht mehr vom Bedarf ausgesehen, sondern nur noch Gewährung des Existenzminimums, Schematisierung statt individuelle Behandlung.

Dies hat zur Folge, daß die Steuerschrauben und andere Abgabemöglichkeiten stark herangezogen werden müssen. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß die Wohlfahrtspflege heute mehr als je mit zu den Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens gehört, die in den Strudel der allgemeinen Skepsis gezogen wird. Eine Kritik an den Grundsätzen der Wohlfahrtspflege wird laut. Diese kritische Einstellung ist leider seit dem Offenbarwerden der wirtschaftlichen Krisis auch in die Verwaltungen und Parlamente eingezogen und es hat eine Denkweise Platz gegriffen, die die finanziellen Möglichkeiten weit schärfer kritisiert. Begünstigt wird diese Denkweise durch die Notverordnungen, die vielfach die Entscheidungen herausnehmen aus einem Mehrheitsbeschluß und die sie in die Hand Einzelner oder eines Gremiums legt, das nicht immer sozial eingestellt ist. In der Praxis erleben wir die Folgen dieser Handhaben, nämlich den tragischen Konflikt, vor allem auf dem Gebiet der Fürsorge für den Erwerbslosen, zwischen dem vom Standpunkt der Wohlfahrtsfürsorge Notwendigem und dem nach der Finanzlage Möglichem. Besonders kraß tritt uns dies entgegen, wenn wir daran denken, daß durch Notverordnung der Arbeitslose nur noch 6 Wochen versicherungsmäßige Hilfe erhält und dann die Bedürftigkeitsprüfung eintritt. Für uns als Sozialarbeiter wird hier der Grundsatz, „alle Fürsorge vom Hilfsbedürftigen aus zu sehen", schwer erschüttert, denn wir sehen diese Arbeitslose hineingespannt in das System der Fürsorge, das auf ganz andere Fälle zugeschnitten war. Die Versorgung der Arbeitslosen ist nicht Aufgabe der Fürsorge, denn Fürsorge ist Arbeit am subjektiv Hilfsbedürftigen. Arbeitslose sind gesellschaftlich hilfsbedürftig.

Trotzdem wir im Rhein-Wupper-Kreis von vielem, was anderen Kreisen und Städten widerfahren ist, verschont geblieben sind, haben doch einzelne Arbeitsgebiete starke Einbuße erlitten. Die gegenwärtige Situation der öffentlichen Fürsorge ist die: Die Finanzlage der Kommunen, des Staates und des Reiches ist so geschwächt, daß die öffentliche Fürsorge nur das nackte Existenzminimum gewähren kann. Während im letzten Jahr zu diesem noch die Winterversorgung mit Kartoffeln und Kohlen gehörte, werden diese Leistungen heute als zusätzliche betrachtet. Es war nun erforderlich, Wege zu suchen, um diese ausfallenden Leistungen in irgendeiner Form zu ersetzen. Unter dem Begriff „Nothilfe" auch „Winterhilfe" schloß man zunächst die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege als Hilfsaktion zusammen. Der Zusammenschluß sollte bezwecken, zu versuchen, die erforderlichen Mittel zusammenzuschaffen, um die ausfallende Winterversorgung vornehmen zu können. Darüber hinaus sollte die Nothilfe überall dort eingreifen, wo besondere Not herrschte. Die Anforderungen überstiegen jedoch bei weitem die vorhandenen Kräfte, und im letzten Jahr machte man an einzelnen Stellen den Versuch, weiteste Bevölkerungskreise in der „Nothilfe" einzuschließen, um so die Basis der Mittelbeschaffung zu erweitern. Ein solcher Zusammenschluß ist meines Erachtens auch zweck- und sinngemäß, denn diese rein materielle, rein wirtschaftliche Versorgung eines großen Teils der Bevölkerung kann nicht Aufgabe nur eines Teils des Volkes sein. Eine einheitliche Durchführung in der Organisation der „Nothilfe" ist nicht vorhanden, wird auch kaum möglich sein, weil gerade hier lokal die größten Verschiedenheiten vorhanden sind. Daß die „Nothilfe" überall einspringen soll, wo die öffentliche Fürsorge nicht mehr helfen kann, setzt meines Erachtens als selbstverständlich voraus, daß die „Nothilfe" nicht als Ding für sich existieren kann, sondern in engstem Zusammenhang mit der öffentlichen Fürsorge, also dem örtlichen Wohlfahrtsamt stehen muß.

Am schwierigsten dürfte die Frage der Mittelbeschaffung sein, weil hier, nur allzumenschlich, die Interessen der „Nothilfe" mit den Interessen der einzelnen angeschlossenen Vereine kollidieren. Naturgemäß haben sich auch in diesem Punkt die verschiedenartigsten Handhaben ergeben. Es gibt „Nothilfen", in denen die einzelnen Vereine gänzlich aufgehen, und es gibt „Nothilfen", die zwar ein organischer Bestandteil der Wohlfahrtspflege sind, aber ihr Eigenleben und ihre eigenen Aufgabengebiete weiter aufrecht erhalten. Ich persönlich neige mit meiner Auffassung zu der zweiten Form. Das Ganze hat zur Folge, daß wir nicht umhin kommen, wenigstens in großen Zügen Richtlinien herauszustellen, nach denen wir unsere

Rechte und Pflichten des Finders

Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, einmal im Zusammenhang die gesetzlichen Vorschriften über den Fund zu besprechen, denn die Kenntnis derselben ist für den Rechtsfrieden von großer Bedeutung und wird vor manch unliebsamem Nachspiel bewahren.

Wer eine verlorene Sache findet und an sich nimmt, hat den Fund dem Verlierer oder einem sonstigen Empfangsberechtigten, oder falls keiner von beiden bekannt ist, der Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen. Damit ist dann die Herausgabepflicht des Finders verbunden, wenn der Verlierer an der Fundsache sein Recht nachweisen kann. Die Anzeige des Fundes kann aber unterbleiben, wenn die Sache nicht mehr als drei Mark Wert hat. Man könnte nun annehmen, daß der Finder, weil ihm die Fundsache noch nicht gehört, keine Verpflichtung hätte, dieselbe zu verwahren. Das Gesetz stellt sich jedoch nicht auf diesen Standpunkt, denn es legt dem Finder die Pflicht auf, die Sache ordungsmäßig zu verwahren oder im Notfall, wenn sie zum Beispiel leicht verderblich oder ihre Aufbewahrung mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist, versteigern zu lassen. Vor der Versteigerung ist der Polizeibehörde Anzeige zu machen, und es tritt dann an die Stelle der Fundsache der Erlös der Versteigerung. Mit dieser Verwahrungspflicht ist naturgemäß auch eine gewisse Verantwortlichkeit verbunden. Der Finder hat nämlich Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten. Ein Beispiel möge dies verständlich machen: Jemand findet auf der Straße ein Fünfmarkstück, nimmt es an sich und legt es nach drei Tagen wieder an die Fundstelle, um keine weiteren Bemühungen zu haben (Vorsatz). Darauf geht das Geld verloren. Oder: Jemand findet bei Schneewetter einen kostbaren Schal und hängt ihn zu Hause zum Trocknen am eisernen Ofen auf, und zwar so ungeschickt, daß er versengt und entwertet wird (grobe Fahrlässigkeit). In beiden Fällen ist der Finder, natürlich nur, wenn er namhaft gemacht werden kann, für den entstandenen Schaden verantwortlich.

Sehr häufig sind nun die Fälle, daß jemand eine Sache in den Geschäftsräumen oder den Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsanstalt findet und an sich nimmt. Hier hat dann der Finder den Fund unverzüglich an die Behörde oder Verkehrsanstalt oder an einen ihrer Angestellten abzuliefern und sich nicht etwa an die Polizeibehörde zu wenden. Die Behörde oder Verkehrsanstalt kann die an sie abgelieferte Sache öffentlich versteigern lassen; doch ist die Versteigerung erst zulässig, nachdem die Empfangsberechtigten in einer öffentlichen Bekanntmachung des Fundes zur Anmeldung ihrer Rechte unter Bestimmung einer Frist aufgefordert worden sind und die Frist verstrichen ist.

Welche Rechte ergeben sich nun aus dem Funde für den ehrlichen Finder? In erster Linie kann er von dem Empfangsberechtigten Ersatz für die Aufwendungen verlangen, die zur Verwahrung und Erhaltung der Sache oder zur Ermittlung des Empfangsberechtigten notwendig waren. Weiterhin hat er einen Anspruch auf Finderlohn, und zwar beträgt dieser von dem Werte der Sache bis zu 300 Mark fünf Prozent, von dem Mehrwert ein Prozent und bei Tieren ebenfalls ein Prozent. Dieser Anspruch ist aber ausgeschlossen, wenn der Finder die Anzeigepflicht verletzt oder den Fund auf Nachfrage verheimlicht.

Die vom Empfangsberechtigten nicht zurückgeforderte Fundsache geht mit dem Ablauf eines Jahres nach der Fundanzeige bei der Polizeibehörde in das Eigentum des Finders über; doch erwirbt dieser das Eigentum nicht, wenn er den Fund verheimlicht. Wichtig dabei ist, daß der Verlierer noch drei Jahre nach dem Uebergang des Eigentums auf den Finder diesem gegenüber einen Bereicherungsanspruch hat, der sich auf das erstreckt, was von dem Funde beim Finder noch vorhanden ist.

Vorsicht beim Wäschetrocknen

Bei schlechtem Wetter benutzen viele Hausfrauen während der nächtlichen Ruhezeit die Küche als Trockenraum für die Wäsche. Daß hierbei Vorsicht und Sorgfalt am Platze ist, beweist nachstehender Fall, der sich dieser Tage in der Umgebung zutrug. Eine Hausfrau hatte abends über dem Küchenherd eine Leine gespannt, auf der sie einige Wäschestücke zum Trocknen aufhing, und begab sich hierauf zur Ruhe. Am anderen Morgen mußte sie die betrübende Feststellung machen, daß während der Nacht die Leine entzweigerissen war, und die Wäsche in völlig verkohltem Zustande auf der Herdplatte lag. Auch war die Zimmerdecke über dem Herd beschädigt. Es hätte sehr leicht ein größeres Brandunglück entstehen können. Vorsicht ist in solchen Fällen am Platze.

gemeinsame Arbeit im Rahmen der Nothilfe einstellen. Aus der Praxis hat sich folgender Leitsatz als brauchbar erwiesen: Allgemeine Geldsammlungen, Haus- und Straßensammlungen, sowie Kleidersammlungen werden gemeinsam von der „Nothilfe" durchgeführt. Was daneben noch an Veranstaltungen — leider sind die immer noch nötig — gemacht wird, muß in einem Plan, der zu Beginn der Winterarbeit aufgestellt wird, aufgenommen werden und die angeschlossenen Vereine sind moralisch verpflichtet, für ihren eigenen Zweck auf gleiche Veranstaltungen zu verzichten.

Wir alle wissen, wie schwer es heute ist, nicht nur die erforderlichen Mittel zu bekommen, sondern auch die Helferinnen, besonders, wenn es sich um Sammlungen handelt. In der Anschauung der Menschen, die geben sollen, wirkt nicht der bitterlich um die Erhaltung seiner Existenz ringende Hilfsbedürftige, sondern der Fordernde, der dem irgendwie noch im Produktionsprozeß stehende und deshalb verdienenden Volksgenossen sein sauer Erworbenes wegnehmen will.

Ich habe versucht, Ihnen zu zeigen, daß die öffentliche Wohlfahrtspflege bei der gegenwärtigen Konstellation die Familie des Hilfsbedürftigen nur als eine wirtschaftliche Einheit sehen kann. Die freiwillige Wohlfahrtspflege muß auch hier ergänzend eintreten und die Spannung zu lösen versuchen, zwischen der Durchführung und Betreuung, die der Schutz der Familie fordert. Die freie Wohlfahrtspflege muß ein Gegengewicht schaffen, gegen all die Faktoren, die hier zersetzend wirken.

Die Rednerin kam in diesem Zusammenhang auch auf den Freiwilligen Arbeitsdienst zu sprechen, der, kulturell gesehen, gewertet werden müßte, weil er einen Weg zeige, der wieder tausenden einen gesunden Rhythmus gebe. Der Arbeitslose geht mit banger Sorge in den Winter. In diesem für Ablenkung, Unterhaltung zu sorgen, muß Aufgabe der freien Organisationen sein, die sich die Förderung kultureller Belange zur Aufgabe stellen. Dies alles trifft in einem besonderen Maße die Jugend.

Ich habe versucht, Ihnen in großen Zügen zu zeigen, daß die öffentliche und die freie Wohlfahrtspflege immer mehr eine Schicksalsgemeinschaft werden, wollen beide soziale Arbeit in ihrer tiefsten Bedeutung leisten. Die öffentliche Wohlfahrtspflege kann die ihr gestellten Aufgaben nur erfüllen, wenn sie sich auf die freiwillige Wohlfahrtspflege als ihr organischer Bestandteil stützen kann. Aus der Zusammenarbeit muß sich eine Planwohlfahrtspflege herauskristallisieren, bei der neben der rein materiellen Versorgung, eine geistig-seelische Fürsorge steht, die den Anforderungen an die gemeinschaftsbildende Kraft die aus der wechselseitigen Verpflichtung der Menschen zur Lebenshilfe gerecht wird.

An diese höchst interessanten Ausführungen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, schloß sich eine ausgedehnte Aussprache, über die wir morgen berichten werden, desgleichen über den weiteren Verlauf der Tagung.

Aus der Heimat

Bestandene Prüfung

Die Lehrlinge Hermann Hunsmann (Lehrmeister Robert Reininghaus) und Karl Magendanz (Lehrmeister Hans Pohler) von hier bestanden ihre Gesellenprüfung vor der Kommission der Zwangsinnung für das Friseurgewerbe für den unteren Kreis Solingen mit dem Prädikat gut.

Unseren herzl. Glückwunsch!

Zugverspätung

Am gestrigen Abend erlitten auf unserer Strecke zwei Personenzüge dadurch Verspätung, weil im Abschnitt Pattscheid sich dort stehende Eisenbahnbauwagen verschoben hatten und die Strecke, die bekanntlich wegen der Erneuerung des zweiten Gleises nur eingleisig befahren wird, für kurze Zeit sperrten. Wie verlautet, sollen Kinder an den Bremsen dieser Wagen gespielt und diese gelöst haben, wodurch sich die Wagen verschoben. Unangenehm war die Verspätung für die Reisenden, die auf den verschiedenen Stationen mit Ungeduld die Züge erwarteten.

Branntweinausschank verboten!

Wie bei früheren Wahlen wird auch bei der Wahl zum Reichstag am 6. November wieder der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein verboten, und zwar am Samstag, den 5. November, und am Sonntag, den 6. November, bis zur Polizeistunde. Der preußische Minister des Innern hat in der preußischen Gesetzsammlung eine entsprechende Verordnung veröffentlicht. Zuwiderhandlungen werden mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wieder Weihnachtsrückfahrkarten

Die Deutsche Reichsbahn wird die im vorigen Jahr zum erstenmal mit verlängerter Gültigkeitsdauer versehene und um 33⅓ v. H. ermäßigte Weihnachtsrückfahrkarte auch in diesem Jahr zum Weihnachtsfest ausgegeben. Die Karten haben voraussichtlich vom 21. Dezember bis 9. Januar einschließlich (im vorigen Jahr bis 4. Januar) Gültigkeit und ermöglichen so eine verbilligte Reise bis zu 20 Tagen. Die Ausgabe einer besonderen Winterurlaubskarte nach dem Muster der Sommerurlaubskarte ist dagegen nicht beabsichtigt.

Ermäßigte Kraftfahrzeugsteuer für Kriegsbeschädigte

Nicht allgemein bekannt sein dürfte, daß die Landesfinanzämter ermächtigt sind, Kriegsbeschädigten, die in ihrer Gehfähigkeit beschränkt und auf die Benutzung eines Fahrzeuges angewiesen sind, die Kraftfahrzeugsteuer ganz oder teilweise zu erlassen. Die Vergünstigung erstreckt sich jedoch nur auf Personenwagen mit Motoren bis zu 2100 Kubikzentimer Zylindergehalt.

8000 Vermißte in Preußen

Die Statistik über die vermißten und unbekannten Toten in Preußen aus dem Jahre 1931 zeigt, daß im Berichtsjahre 8004 Personen in Preußen neu als vermißt gemeldet sind. Davon waren 216 männliche Jugendliche und 85 weibliche Jugendliche im Alter bis 14 Jahren, 2217 männliche Jugendliche und 1128 weibliche Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Ueber 21 Jahre wurden 3049 Männer und 1309 Frauen als vermißt gemeldet. Die Gründe des Verschwindens waren in 4301 Fällen unbekannt und bestanden in 978 Fällen in Lebensüberdruß, 223 Fällen in Furcht vor Strafe, 241 Fällen in der wirtschaftlichen Notlage, in 654 Fällen lag ein Unglück vor, in 209 Fällen ein Ehestreit und in 1397 Fällen war das Umhertreiben Grund des Verschwindens. Zur Erledigung gelangten 7331 Fälle, das heißt in allen diesen Fällen war der Verbleib festzustellen, während unerledigt 673 Fälle blieben. Bemerkenswert ist, daß die Hauptzahl der Vermißten die Reichshauptstadt aufzuweisen hat. Von den 8004 Fällen sind allein in Berlin 4562 als vermißt neu gemeldet worden.

Wieviel Ehefrauen sind Doppelverdiener?

Nach einer Aufstellung des Bundes deutscher Frauenvereine sind 2,5 Millionen, d. h. 70 v. H. aller erwerbstätigen Ehefrauen Mithelferinnen im Betrieb des Mannes; von ihnen sind allein 2⅓ Millionen in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, weitere 400 000 helfen als Handwerks-, Kaufmanns- und Gastwirtsfrauen ihrem Mann. Fast ¾ Million erwerbstätiger Ehefrauen sind in Industrie und Heimarbeit tätig. Sie arbeiten dort, um das Existenzminimum für ihre Familie zu erreichen. In allen übrigen Berufen ist die Zahl der Ehefrauen sehr klein. Nur 5 bis 6 v. H. aller weiblichen Angestellten sind verheiratet. Unter den Lehrerinnen gibt es im Deutschen Reich etwa 1000 Ehefrauen, von ihnen kann man nach genauer Prüfung nur einen kleinen Bruchteil als durch die Ehe versorgt betrachten. Ihre berufliche Weiterarbeit oder Arbeitsniederlegung spielt für den Arbeitsmarkt keine Rolle. Im allgemeinen gilt das auch von den übrigen erwerbstätigen Ehefrauen.

Aus der Gemeinde Odenthal

Vor dem Bensberger Strafrichter

Vier junge Leute aus Odenthal, z. Zt. alle erwerbslos, waren beschuldigt, am 5. Juni ds. Js. in der Dhünn bei Odenthal gefischt zu haben. Ein Förster hatte die vier beim Baden gefaßt und als sie aus dem Wasser kamen, hatte jeder einen bezw. zwei Fische und einer trug sogar ein Fischgerät bei sich. Die Beweisaufnahme ergab einwandfrei, daß sie beim Fischfrevel angetroffen worden waren. Da nur geringer Schaden entstanden war, lautete das Urteil drei der Täter auf je 5 Mark Geldstrafe, ersatzweise 1 Tag Haft, und für den vierten, der bereits vorbestraft war, auf 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tage Haft.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

600 v. H. Bürgersteuer

Berg. Neukirchen, 20. Okt. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung die Bürgersteuer in ihrer letzten Sitzung abgelehnt hat, ist gestern auf Anweisung der Regierung durch die Bürgermeister die Erhebung des 6-fachen Landessatzes der Bürgersteuer für das Jahr 1933 beschlossen worden.

600 Prozent Bürgersteuer

Opladen, 20. Okt. Um der Reichshilfe nicht verlustig zu gehen, hat der Bürgermeister die Bürgersteuer auf 600 Prozent erhöht; die Aufsichtsbehörde hat hierzu die Genehmigung erteilt.

Drei Einbrüche in einer Straße

Richrath, 20. Okt. Spitzbuben suchten in der Montagnacht drei Häuser an der Knipratherstraße heim. Es wurden Schuhe, Kleider, Pflanzen und Blumen gestohlen. In zwei Fällen hatten die Diebe sich Eingang durch den Keller verschafft.

Sitzung der Amtsvertretung

Richrath, 20. Okt. Es war nur eine kurze Tagesordnung, welche die Amtsvertreter in ihrer Sitzung am Dienstag zu beraten hatten. An- und Verkauf mehrerer Grundstücke wurde gemäß dem Verwaltungsvorschlag beschlossen. Ebenso stimmte man den vorgeschlagenen Sätzen für die Erhebung der Berufsschulbeiträge für 1932 zu. Außerhalb der Tagesordnung gab der Vorsitzende davon Kenntnis, daß die Aufsichtsbehörde angeregt habe, 600 Prozent Bürgersteuer zu erheben. Die Versammlung lehnte diesen Satz einstimmig ab. Auch lehnte sie, mit Ausnahme der KPD, die Erhebung eines 15prozentigen Zuschlages zu den Lichtstrompreisen ab. Der Bürgermeister als Verwaltungsorgan wird nun bestimmt die Steuern und Preise zwangsweise einsetzen. Zum Schluß wurde von der Rechten der Versuch gemacht, die Frage der Erhaltung oder Schließung der Mittelschule zu ventilieren. Auf Grund der Landgemeindeordnung erklärte der Vorsitzende, dagegen Einspruch erheben zu müssen, da der Punkt nicht zur Tagesordnung gehöre.

Eingemeindung oder höhere Steuern

Baumberg, 20. Okt. Der Gemeinderat, der sich über die schwierige Steuer- und Eingemeindungsfrage nicht schlüssig werden konnte, wollte die Ansichten der Baumberger Bürger kennenlernen. Der stellvertretende Gemeindevorsteher eröffnete die Versammlung und erläuterte den Zweck. Gemeindevertreter Schöldgen sprach dann zur Aufklärung über die Finanzlage der Gemeinde Baumberg. Er führte u. a. aus, daß der Etat der Gemeinde Baumberg auf 76 000 RM steht, während hiervon 59 583 Reichsmark für Wohlfahrt vorgesehen sind. Falls Staatszuschüsse beansprucht werden sollten, müßten nicht 500 Prozent, sondern nach einer neuen Verfügung bereits 600 Prozent Bürgersteuer sowie 30 Prozent auf die Grundvermögenssteuer erhoben werden. Der Fehlbetrag sei bereits nach Feststellung der Finanzkommission über 16 000 RM hinausgegangen. Bis zum Schlusse des Rechnungsjahres würde er bestimmt auf 35 000 bis 40 000 RM steigen. Nachdem die Gemeindevertreter nochmals Auskunft über die noch nicht vorgebrachten Schulden der Gemeinde Monheim bezüglich des Deichbaues — Deichbaulasten von 148 000 RM, wofür jährlich 8000 RM. Zinsen und Amortisation aufgebracht werden müßten — gegeben hatten, ließ der Gemeinderat, um einen Ueberblick zu erhalten, über die Fragen abstimmen. Für eine Eingemeindung wurde dann eine Mehrheit festgestellt. Dem Gemeinderat bleibt nun die wichtige Entscheidung über Steuererhöhung und Eingemeindung vorbehalten.

Belebung der Leichlinger Textilindustrie

Leichlingen, 20. Okt. Wie wir hören, ist es der Firma Simons und Frowein Nachfl. und Spiegel AG gelungen, größere und langfristige Aufträge hereinzuholen. Insgesamt soll die Belegschaftsziffer um 70 Personen erhöht worden sein. Der Betrieb arbeitet in zwei Schichten. — Auch die Firma Rosenkaimer u. Co. hat sich auf die Herstellung neuartiger Artikel verlegt. Auch hier wurde eine Anzahl jüngerer Leute untergebracht.

Mäßige Bautätigkeit in Dabringhausen

Dabringhausen, 20. Okt. Im Gegensatz zum Vorjahre war die diesjährige Bautätigkeit nur mäßig. Unterhalb des Ortes entstand ein zweistöckiges Wohnhaus, ein Wohnhaus mit Backhaus neben dem alten Friedhof ist im Rohbau fertiggestellt. Neben einigen kleinen gewerblichen Umbauten ist der umfangreiche Umbau des Ausflugslokals Markusmühle zu erwähnen.

Einbrüche am laufenden Band

Bergisch Born, 20. Okt. In der vorvergangenen Nacht wurde die Wirtschaft in Jägerhaus heimgesucht. Die Spitzbuben verschafften sich Eingang in den Keller und machten reiche Beute an Wein, Likören und Flaschenbier. Die Betroffenen sind empfindlich geschädigt worden. Einige Nächte vorher war ein ähnlicher Einbruch bei dem Bäcker und Konditor Hugo Meyer. Auch in dem Falle stiegen die Spitzbuben in den Keller ein. Sie entwendeten Schuhe und Lebensmittel. Zweifellos handelt es sich um dieselbe Bande. Leider fehlt noch jede Spur.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Berufungsverhandlung im Fingerhut-Prozeß Mitte November

Die Berufsverhandlung gegen den Fabrikanten Fingerhut wird voraussichtlich Mitte November vor der Großen Strafkammer in Wuppertal beginnen. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Springmann führen. Fingerhut, der bekanntlich wegen angeblichen Mißbrauchs Kruppscher Patente zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, die er zum Teil verbüßt hat, ist am 15. März vom Landgericht in Wuppertal freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Köln

Köln. Raubüberfall auf einen Juwelier. In den Abendstunden wurde auf ein Juweliergeschäft an der Ecke Venloer und Bismarckstraße ein Raubüberfall versucht, bei dem der Inhaber durch einen Schuß aus einer Scheintodpistole an der linken Hand verletzt wurde. Ein junger Mann betrat das Geschäftslokal und ließ sich eine Anzahl Armbanduhren vorlegen. Als ihm der Geschäftsinhaber mehrere sehr wertvolle Uhren zeigte, zog der Räuber die Pistole und gab auf den Geschäftsinhaber einen Schuß ab. Als der Juwelier um Hilfe rief, suchte der Räuber sein Heil in der Flucht, wurde jedoch bald von einem Motorradfahrer gestellt und der Polizei übergeben.

Köln. Die neue Verwaltung der Universität. Am 15. Oktober hat satzungsgemäß die Verwaltung der Universität Köln und ihrer Fakultäten gewechselt. Die Rektoratsgeschäfte hat anstelle des Professors der Wirtschaftsgeschichte, Dr. Kuske, der Professor des Staats-, Verwaltungs-, Völker- und Kirchenrechts, Dr. Godehard Josef Ebers, übernommen. Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist im neuen Studienjahr der Professor der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften und Soziologie, Dr. von Wiese und Kaiserswaldau, der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Professor des Völkerrechts, der Staatslehre und Rechtsphilosophie, Dr. Kelsen, der Medizinischen Fakultät der Professor der Allgemeinen Pathologie und Pathologischen Anatomie, Dr. Leupold, der Philosophischen Fakultät der Professor der Englischen Philologie, Dr. Schöffler.

Düsseldorf

Düsseldorf. Ein Ehedrama spielte sich morgens hier ab. Der von seiner Frau getrennt lebende Ingenieur Syben traf diese auf dem Spichernplatz und gab aus einem Revolver drei Schüsse auf sie ab, durch die die Frau schwer verletzt wurde. Der Täter konnte festgenommen werden. Der Grund zur Tat ist noch nicht bekannt.

Keine bewaffneten Organisationen

Zur Waffenschmuggelangelegenheit Szymanski

Der Regierungspräsident in Düsseldorf teilt mit: Die polizeilichen Untersuchungen in der Waffenschmuggelsache Szymanski haben bisher nicht ergeben, daß Verbindungen des Szymanski zu politischen Organisationen zwecks Abnahme der geschmuggelten Waffen bestanden haben. Auch die durch die Presse und im Rundfunk verbreitete Meldung, daß sogar vollständige Maschinengewehre für politische Verbände über die Grenze geschmuggelt worden seien, entbehren jeder Begründung. Ebenso sind Meldungen über bewaffnete deutsche Organisationen in Holland in das Reich der Fabel zu verweisen.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Rasch tritt der Tod den Menschen an

In der Absicht, einer verstorbenen Nachbarin das letzte Geleit zum Friedhof zu geben, begab sich der zu Witzhelden wohnende 76jährige Invalide Robert Paas in die Friedhofshalle, woselbst die Tote aufgebahrt war. Kaum angekommen, sank der alte Mann zusammen. Die Beerdigungsteilnehmer bemühten sich sofort um ihn und veranlaßten die Herbeirufung eines Arztes. Der Arzt konnte bei seinem Eintreffen nur noch den Tod des Mannes infolge eines Schlaganfalles feststellen. Inzwischen eingetroffene Mitglieder der Sanitätskolonne schafften den Verstorbenen mittels Bahre in die kurz vorher verlassene Wohnung.

Bestrafte Fischdiebe

Der im Juli ds. Js. nächtlicherweise in den Fischzuchtanlagen des Herrn R. Claasen ausgeführte Fischfang, hat nunmehr sein gerichtliches Nachspiel gefunden. Bekanntlich endete s. Zt. der unberechtigte nächtliche Fischfang mit einer Schießerei, wobei einer der Beteiligten angeschossen wurde. Leider entkamen die Täter in der Dunkelheit. Bald jedoch konnten die beiden Täter in Köln-Mülheim ermittelt werden. Beide erhielten nun vom Amtsgericht in Köln-Mülheim wegen schweren Diebstahls eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten zudiktiert.

Reichstagswahl

Die Stimmliste für die demnächstige Reichstagswahl liegt noch bis einschl. Sonntag, den 23. Oktober, auf dem Bürgermeisteramt zur Einsichtnahme aus. Am kommenden Sonntag besteht Gelegenheit zur Einsichtnahme von 11 bis 12 Uhr. Allen in die Liste eingetragenen Stimmberechtigten geht in den ersten Tagen eine Wahlausweiskarte zu. Derjenige, der keine Karte erhält, tut gut, wenn er die Stimmliste einsieht. Wahlberechtigt ist nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist, oder einen Stimmschein besitzt. Stimmscheine, die zur Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk auch auswärts berechtigen, werden auf Antrag bis zum 5. November ds. Js., mittags 12 Uhr, auf dem Bürgermeisteramt ausgefertigt.

Das Neueste

In der überfüllten Kölner Rheinlandhalle sprach Mittwochabend Reichskanzler a. D. Dr. Brüning. Er sprach sich für eine „vernünftige" Verfassungsreform aus und ging dann auf die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ein. Das Verlangen der Nationalsozialisten nach der gesamten Macht im Staate werde immer und immer wieder auf den schärfsten Widerstand des Zentrums stoßen. Dr. Brüning besprach dann die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Er habe von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß ein fühlbarer Aufschwung erst im Frühjahr 1933 eintreten werde. Ohne die Aufrechterhaltung des Exports gebe es keine Erlösung aus der Wirtschaftskrise.

Der große Saal der Neuen Welt in Berlin, in dem Mittwochabend eine Diskussion zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Steuer und Dr. Göbbels stattfand, war vollkommen überfüllt. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Schmidt verteidigte in seinen Ausführungen die Politik Hugenbergs. Dr. Göbbels führte u. a. aus, nur wenn eine wirkliche Volksbewegung ans Ruder käme, könne dem Bolschewismus Einhalt geboten werden. Hitlers Fiasko würde 14 Millionen Deutscher ihrer letzten Hoffnung berauben. Die Ausführungen Steuers, der u. a. die Koalitionsverhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum kritisierte, wurden mehrfach durch heftige Protestaktionen der Nationalsozialisten unterbrochen. Die Versammlung endete mit einem allgemeinen Tumult.

Adolf Hitler nahm in Oppeln in einer nationalsozialistischen Versammlung das Wort. In Gleiwitz sprach in zwei Parallelversammlungen der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Strasser.

Der Oesterreichische Haushaltsplan für 1933 sieht trotz den nachdrücklichsten Einwänden des Unterrichtsministers außerordentlich einschneidende Sparmaßnahmen im Bildungswesen vor. U. a. sollen 150 Mittelschulen geschlossen und zahlreiche Lehrkräfte entlassen werden.

Der zum Botschafter in Rom ernannte bisherige deutsche Gesandte in Belgrad von Hassel wurde von König Alexander in einer Abschiedsaudienz empfangen.

Im Haag wurde am Mittwoch ein mehrtägiger internationaler Kongreß der katholischen Arbeitgeberverbände Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei, Belgiens und Hollands zum Abschluß gebracht.

In der Mittwoch-Sitzung des französischen Kabinettsrats ist der Plan der sogenannten „Nationalen Aufrüstung" aufgestellt worden.

Nach dem „Journal" hat Herriot in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer auf eine Frage, was Frankreich zu tun gedenke, wenn Deutschland einseitig aufrüsten werde, geantwortet, daß Frankreich, obwohl es neben Rechtsmitteln auch Machtmittel in der Hand habe, nur seine Rechtsmittel einsetzen würde.

Die Vermittlungsverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der englischen Baumwollspinnereien sind bisher ergebnislos verlaufen, so daß man mit einer Aussperrung von rund 200 000 Textilarbeitern rechnet.

Ministerpräsident de Valera gab am Mittwoch-Abend im Irischen Landtag eine Erklärung ab, wonach der englisch-irische Zollkrieg fortgesetzt werden müsse, auch wenn er das irische Volk mit beträchtlicher Härte treffe.

Weitere Todesopfer

Zwei weitere der bei der Schlagwetterexplosion in Hückelhoven schwer verletzten Bergleute sind gestorben. Die Gesamtzahl der Toten beträgt nunmehr sechs.

Weil die Eltern es nicht dulden wollten . . . .

Die 24jährige Landwirtstochter Babette Leinfelder aus Fünfstetten bei Oettingen (Bayern) hatte mit dem gleichaltrigen Xaver Kettel ein Verhältnis, das von ihr gelöst werden sollte, weil ihre Eltern es nicht dulden wollten. In seiner Verzweiflung schoß Kettel in der vergangenen Nacht mit einem Jagdgewehr durch das Fenster in das Schlafzimmer der Geliebten und verletzte sie am Arm und an den Füßen. Im Garten der Familie Leinfelder machte dann der junge Mann seinem Leben durch einen zweiten Schuß ein Ende.

Das Wetter von heute und morgen

Bewölkt bis trübe mit Regenfällen und ziemlich frischen südwestlichen bis westlichen Winden, mild.

Hitlers Antwort an Papen

Im „Völkischen Beobachter" antwortet Hitler auf die Rede, die Reichskanzler v. Papen in der vorigen Woche in München gehalten hat. Als Gedankengang Hitlers kommt zum Ausdruck, daß der nationalsozialistische Glaube der Glaube an das deutsche Volk und an die deutsche Leistung sei. Das wirtschaftliche Denken, so führt Hitler aus, sei der Tod jedes völkischen Idealismus. Die Bereitwilligkeit zum Ertragen wirtschaftlicher Nöte nehmen in demselben Umfange ab, in dem die Menschen mangels großer völkisch-politisch aufwühlender und bewegender Gedanken und Aufgaben sich nur mehr mit ihren eigenen wirtschaftlichen Belangen beschäftigen. Das wirtschaftliche Denken erziehe zum Egoismus und nur das völkisch-politische zum Idealismus. v. Papen Arbeitsprogramm züchte nur Klassenhaß. Die nationalsozialistische Arbeitsdienstpflicht überwinde die Klassengegensätze. Die deutsche Not werde durch keine Verfassungsreform überwunden.

Zu den Vorgängen des 13. August erklärt Hitler, er könne Herrn v. Papen deutsch sagen: „Entweder wir sollen in die Regierung, dann fordern wir die Führung, oder wir erhalten die Führung nicht, dann muß man auch in einer Regierung auf uns verzichten". Hitler weist die Behauptung zurück, daß er die ganze Macht allein gefordert hätte. Weder von ihm noch irgend jemand anderem sei eine solche Forderung erhoben worden. Aber gerade weil der verhandelnde Minister Hitler erklärt hätte, daß eine Reihe der wichtigsten Ministerien zumindest im Augenblick vom Reichspräsidenten den Nationalsozialisten verweigert worden wären, hätte Hitler umsomehr die Forderung stellen müssen, daß dann aber die Stelle des Reichskanzlers der NSDAP zufalle.

Zu Papens Außenpolitik erklärt Hitler, die innere nationale Erhebung müsse die Voraussetzung für eine andere äußere Politik schaffen. Diese Erhebung könne nicht von den bisherigen bürgerlichen und marxistischen Parteien ihren Ausgang nehmen. Voraussetzung der deutschen Gleichberechtigung sei die Wiederherstellung der Verteidigungsfestigkeit Deutschlands.

Westdeutsches

Aachen. Ein Schmuggler von Zollbeamten angeschossen. In der Nacht stieß in der Nähe von Kohlscheid ein Zollbeamter auf eine Schmugglerbande, die auf die Halterufe und mehrere Warnungsschüsse nicht reagierte. Darauf schoß der Zöllner scharf, wobei ein 27 Jahre alter Mann aus Würselen durch einen Lungenschuß verletzt wurde. Während sich der Beamte um den Verwundeten bemühte, konnten die übrigen Schmuggler mit dem größten Teil der Beute entkommen.

Bonn. Die Uebergabe der Rektoratsgeschäfte an den neuen Rektor der Bonner Universität fand in Anwesenheit des gesamten Lehrkörpers statt. Der scheidende Rektor, Professor Dr. Pfeiffer, berichtete über die Rektoren- und Hochschulkonferenz in Danzig und eine Grenzfahrt, die an der polnischen Grenze entlang führte. Alsdann wurde der neue Rektor, Professor Dr. Zycha, vereidigt. Die feierliche Rektoratsübergabe findet am Sonntag, 13. November in der neuen Aula der Universität statt. Das Wintersemester beginnt in diesem Jahre am 2. November.

Koblenz. Glückwünsche zum 10jährigen Jubiläum des Oberpräsidenten. Anläßlich seines 10jährigen Dienstjubiläums hat der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. h. c. Fuchs, zahlreiche Glückwünsche erhalten. Auch die preußische Staatsregierung hatte durch den kommissarischen Innenminister dem Oberpräsidenten ein in herzlichen Worten gehaltenes Handschreiben zugehen lassen.

Trier. Bergrutsch in der Eifel. Nachmittags rutschten auf der Strecke Daun—Wittlich zwischen den Stationen Daun und Schalkenmehren unmittelbar vor dem Schalkenmehrener Tunnel etwa 1500 bis 2000 Kubikmeter Bodenmasse auf den Bahnkörper. Die Aufräumungsarbeiten dauern voraussichtlich zwei Tage. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Altenkirchen. Keine Bürgersteuer. Die Stadtverordnetenversammlung, die nunmehr ihren Haushaltsplan verabschiedet hat, war in der glücklichen Lage, die Deckung des etatmäßigen Fehlbetrages ohne die Einführung einer Bürgersteuer vornehmen zu können. Zwar mußte sich der diesjährige Haushaltsplan energische Abstriche gefallen lassen, er konnte aber ohne Steuererhöhung ausgeglichen werden. Es kommen lediglich 200 Prozent Zuschlag zur staatlichen Grund- und Gewerbesteuer zur Erhebung.

Recklinghausen. Stille Geschäftsteilhaber. Bei der Getreide- und Mehlhandlung Hermann Beckmann an der Dorstener Straße wurde dieser Tage eingebrochen und Mehl gestohlen, das von einer Autotaxe wegtransportiert und zu einem Bäckermeister in Rapen geschafft wurde. Am folgenden Tage wurde ein verdächtiger Bursche beobachtet, und es gelang, diesen rechtzeitig festzunehmen. Er hatte bereits mehrere Säcke mit Mehl auf die Seite geschafft, die ebenfalls zu dem geschäftstüchtigen Bäckermeister nach Rapen transportiert werden sollten. Bei dem erwischten Langfinger handelt es sich um einen „stillen Geschäftsteilhaber" des Beckmann, und zwar um einen seiner Angestellten. Im Verlaufe der polizeilichen Ermittlungen stellte es sich heraus, daß auch noch andere Angestellte des Beckmann den Drang nach selbständigen Geschäften in sich verspürten und seit längerer Zeit Mehl und Getreide aus dem Lager der Firma verschoben und auf eigene Rechnung verkauft haben. Die strafrechtliche Verfolgung ist im Gange.

Von Walzen zerdrückt

Am Vormittag war auf der Ziegelei in Sentrup bei Osnabrück ein Arbeiter mit dem Reinigen der Quetschmühle beschäftigt. Plötzlich wurde die Mühle in Betrieb gesetzt. Die schweren Walzen erfaßten den Arbeiter und drückten ihm den Brustkorb ein. Der Verunglückte wurde noch zum Krankenhaus gebracht, wo er aber schon nach kurzer Zeit starb.

Gelsenkirchen-Buer. Vom eigenen Sohn bestohlen. Einem Anwohner der Hochstraße wurden aus einer Schublade 4250 Mark gestohlen. Die Ermittlungen ergaben, daß als Täter der eigene Sohn in Frage kommt, der mit seinem Freunde durchgebrannt ist.

Familientragödie in Bochum

Drei Verletzte

Am Abend wollte ein Arbeiter, der zu einem Gerichtstermin aus Sachsen erschienen war, seine in Bochum wohnenden Eltern besuchen, trotzdem ihm vor längerer Zeit das Betreten der elterlichen Wohnung verboten war. Im Hausflur der elterlichen Wohnung stieß er mit seinem Vater zusammen, der sich weigerte, mit ihm zu sprechen. Ohne ein Wort zu sagen, zog der Sohn einen kleinkalibrigen Revolver und gab auf seinen Vater einen Schuß ab, durch den dieser am linken Oberarm verletzt wurde. Die auf die Hilferufe ihres Mannes herbeigeeilte Frau wurde von dem Sohn mit einem Hammer empfangen und durch mehrere Schläge auf den Kopf schwer verletzt. Jetzt richtete der Täter den Revolver gegen sich selbst und brachte sich einen lebensgefährlichen Brustschuß bei. Die drei Verletzten wurden dem Krankenhause zugeführt. Der Vater konnte nach Anlegung eines Notverbandes wieder entlassen werden. Motiv der Tat sind jahrelange Familienstreitigkeiten.

In den Händen mandschurischer Räuber

„Daily Mail" meldet aus Nenchwang (Mandschurei): Um endlich die Befreiung der seit 42 Tagen in den Händen von chinesischen Räubern befindlichen Engländer, der jungen Frau Pawley und ihres Gefährten, zustande zu bringen, ist ein Panzerzug nach Panshan abgegangen. Er führt mit sich einen japanischen Polizeihauptmann, den britischen Vizekonsul in Mukden und mehrere andere Engländer. Panshan liegt am Rande des besiedelten Gebietes dieses Teiles der Mandschurei, wo die wilden, sumpfigen Hügelflächen anfangen, in denen sich der Schlupfwinkel der Banditen befindet. Es ist geplant, vom Panzerzug aus, der als Stützpunkt dient, ein Feldtelephon nach dem Ort zu legen, wo die Verhandlungen mit den Vertretern der Räuber über die Höhe des Lösegeldes und die anderen Bedingungen der Freilassung der beiden Engländer geführt werden sollen.

Ist das nicht billig!

Schlafzimmer „Maria" echt eichen mit Nußbaum bes. gediegene Arbeit. RM. 385.—

Schlafzimmer „Anna" Edelholz poliert Künstlerentwurf. RM 545.—

Küchen in großer Auswahl ab RM. 145.—

Bei Einkauf von kompletten Zimmern evtl. Fahrtvergütung! Verlangen Sie kostenl. Angebote.

Blum & Schloß, Köln

Hohenzollernring 62/64 - Brüsselerstr. 21/25.

Nordatlantischer Flugdienst?

Besprechung zwischen J. A. Mollison, Amelia Earhart Putnam und Charles A. Lindbergh

In einem Hotel in Newyork hat eine vertrauliche Besprechung stattgefunden, an der nur drei Personen teilnahmen, und zwar: J. A. Mollison, Amelia Earhart Putnam und Charles A. Lindbergh. Es handelt sich also um die besten amerikanischen Ozeanflieger. Diese Drei haben, wie zuverlässig versichert wird, einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie den ersten Ozeanflugdienst von sich aus verwirklichen und selbst als Piloten mitwirken wollen. Die Forderungen, von denen die sofortige Aufnahme des Dienstes abhängig gemacht wird, sind ganz eindeutig und keineswegs phantastisch. Nicht berührt wurde allerdings bei der ersten Konferenz die Finanzierungsfrage, und ferner beschloß man kein bindendes Datum für die Aufnahme des Dienstes.

Diese Konferenz dürfte für den gesamten Luftverkehrsdienst auf den transatlantischen Strecken von besonderer Bedeutung sein. Die Flieger verlangen:

1. mehrmotorige, sehr starke Maschinen,
2. Wasserflugzeuge mit einer vollkommenen Radioanlage,
3. ein umfassendes Abkommen über den Austausch von Wetternachrichten zwischen Europa und Amerika.

Aus dieser Konferenz ist die Anregung entsprungen — und die Verwirklichung ist bereits eingeleitet — daß sich in London die Leiter der amerikanischen, englischen und deutschen Wetterbüros und meteorologischen Stationen treffen, um diesen Austausch zu regeln. Es kommt alles darauf an, welchen Sicherheitsfaktor man einer Wetterprognose für 30 Stunden an den Küsten und für 15 Stunden in der Mitte des Ozeans geben kann. Es wäre natürlich anzustreben, auch für den Ozean die sichere Wetterlage von 30 Stunden voraussehen zu können. Dazu wäre aber wohl die dauernde Einrichtung einer Wetterstation mitten im Ozean notwendig.

Technisch gesehen gibt es für die Flugzeugbauer allerdings noch einige Sorgen. Man weiß nicht, wie man eine komplette Radioeinrichtung anbringen soll, ohne die Gepäcklast oder die Reisendenzahl zu beschränken oder weniger Betriebsstoff mitzunehmen. Dabei soll schließlich auch der Luftwiderstand für Seeflugzeuge durch geeignete Linienführung noch verringert werden.

Immerhin hat die Verwirklichung eines transatlantischen Luftfahrtdienstes mehr Aussicht auf baldige Verwirklichung denn je, seit die besten amerikanischen Ozeanflieger als Piloten sich zur Verfügung gestellt haben.

Oberhausen. Ein ungetreuer Kassensekretär festgenommen. Der bei der Stadthauptkassennebenstelle in Sterkrade tätig gewesene Kassensekretär Witte hatte verschiedentlich Gelder, die zur Regelung von Steuerschulden eingezahlt worden waren, nicht pflichtgemäß abgeführt, sondern zum Teil für seine Zwecke verwandt und erst später zurückgezahlt. Als diese Machenschaften eines Tages ans Tageslicht kamen, zog es Witte vor, seine Entlassung zu beantragen, so daß die Stadt keine Veranlassung mehr sah, ein Disziplinarverfahren gegen den ungetreuen Angestellten anhängig zu machen. Wie versichert wird, ist die Stadt nicht geschädigt worden. Die Kriminalpolizei hat aber jetzt Witte vorgeladen und nach Abschluß der Vernehmung dem Amtsgericht zugeführt.

Jagd auf den König der Dschungel.

Wochen des Wartens. — Die Scheu vor dem weißen Manne. — Soldaten im Kampf mit Tigern auf Sumatra.

Von John Hagenbeck.

Das Jagen großer Raubtiere ist zu allen Zeiten ein großes Wagnis gewesen, insbesondere die Arbeit des Fallenstellers, der das Raubtier, anstatt sich mit dem Gewehr in der Hand hinter einem Felsen auf die Lauer zu legen und dann im gegebenen Augenblick den tödlichen Schuß abzufeuern, lebendig fangen muß. Man behauptet in Fachkreisen, daß jeder Raubtierjäger eines Tages ein gewaltsames Ende findet, wenn er eine bestimmte Zeit diesen gefährlichen Beruf ausgeübt hat, aber ich bezweifle, daß diese Tatsache jemals einen Mann, der an diesem aufregenden und reizvollen Sport seine Freude findet, davon abhalten konnte, ihn weiter auszuüben.

Obwohl ich jede Art von Raubtier gejagt habe, ist der Tiger im allgemeinen meine Hauptjagdbeute gewesen, und ich darf wohl sagen, daß die 25 Tiger, die ich im vorigen Jahre fing, für einen einzigen Jagdzug einen Rekord darstellen.

Diese Raubtiere werden in Fallen gefangen, die größtenteils nach demselben Grundsatze gebaut sind wie die Mausefallen. Man befestigt eine Ziege oder ein Huhn innerhalb der Falle als Lockspeise. Oft vergeht eine ganze Woche, bevor ein Tiger durch den Geruch der Ziege nach der Stelle gelockt wird, wo sich die Falle befindet, und selbst dann noch schleicht er eine weitere oder auch zwei Wochen um die Falle herum, bevor er sich entschließt, sich der Beute im Innern des Käfigs zu nähern.

Der Transport eines Tigers aus einer Falle in einen Käfig bietet keine Schwierigkeiten. Die Eingangstür zum Käfig wird dicht an die Falle heran gebracht, jede der eisernen Stangen aus der Tür herausgezogen und das Tier mit Stöcken gereizt, bis es durch die Oeffnung kriecht.

Zeigt der Tiger sich widerspenstig, so ist es erforderlich, ihn „auszuräuchern", indem man trockenes Gras in die Falle legt und es anzündet. Der Käfig wird dann auf Stangen befestigt und auf den Schultern der Eingeborenen nach dem Hauptquartier getragen.

Bisweilen gelingt es einem gefangenen Raubtier zu entweichen. Bei einer unserer Jagden ereignete sich ein derartiger Zwischenfall, als sich die Käfigtür plötzlich in ihrem Verschluß lockerte. Blitzschnell war der Tiger draußen. Die Eingeborenen flohen nach allen Seiten. Aber das Raubtier war in diesem Augenblick zu verwirrt, um anzugreifen, und sprang in weiten Sätzen in die Dschungel.

Der Sumatra-Tiger fürchtet sich kaum vor den Eingeborenen, und da die Schwarzen auf Sumatra kein großes Körpergewicht haben, so greift er sie an und schleppt manchen von ihnen fort, während er den Weißen furchtsam meidet. Nur wenn er verwundet oder in die Enge getrieben ist, nimmt er auch den Europäer an. Viele Jäger sind von einem Tiger fast zerrissen worden, den sie für tot hielten, der aber plötzlich, als sie sich ihm näherten, aufsprang und sie angriff.

Das Raubtier unterscheidet natürlich zwischen einem Weißen und einem Eingeborenen mittels seines Geruchssinnes, wie es sehr wohl auch zwischen der verschiedenartigen Kleidung und Hautfarbe zu unterscheiden weiß.

Meine auf Tigerjagden gesammelten Erfahrungen haben mich gelehrt, daß die Intelligenz des Tigers oft unterschätzt wird. In Sumatra scheint die Großkatze die Hilflosigkeit der Eingeborenen erkannt zu haben. Mir sind viele Fälle bekannt, da diese Tiere, von nagendem Hunger getrieben, auf die Rückkehr der Männer auf die Felder in den Morgenstunden warteten, um dann in die Dörfer einzudringen und Frauen und Kinder anzugreifen, bevor jemand sie daran hindern konnte.

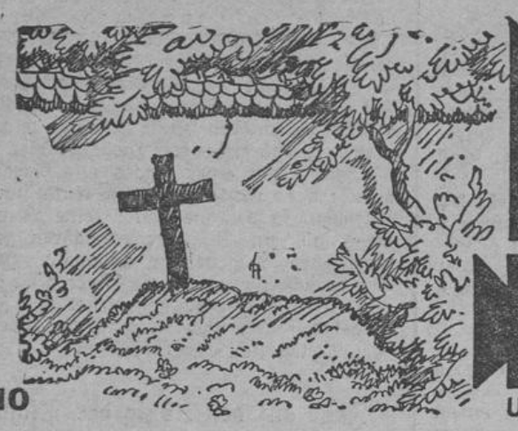
Tatsächlich gestaltete sich noch vor wenigen Jahren die Lage so kritisch, daß die holländische Regierung ein Bataillon Soldaten in die Dschungeln entsandte, um die Tiger nach Möglichkeit auszurotten. In sechs Monaten wurden über 500 dieser Raubtiere erlegt. Aber selbst diese große Beute machte keinen nennenswerten Unterschied. In der Wildnis ist es nichts Seltenes, daß ein Pärchen drei- oder viermal im Jahre Junge hat.

Das schwierigste Problem, dem der Raubtierjäger gegenübersteht, ist weniger das Einfangen der Tiere als ihr sicherer Transport nach Europa. Es dauert lange, ehe sich ein Tiger an das neue Klima gewöhnt hat, an die neue Umgebung und an die neue Nahrung, und dieser Wechsel bildet eine der wesentlichen Ursachen, daß so viele von diesen Gefangenen eingehen. Nur wer Tiere liebt und versteht, kann sie durch gute Behandlung über die Krisis hinaus am Leben erhalten.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten einschl. „Unterhaltungsbeilage"

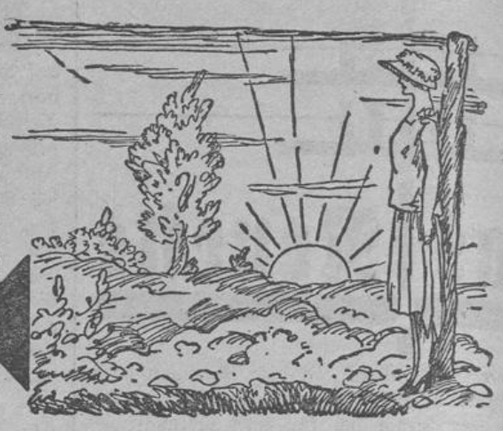
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



MATA HARI

ROMAN von ARNO FRANZ



10

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU · SA

„Warum ging er von Euch, Herrin, da er Euch kaum erst gefunden hatte!"

„Er ist Soldat — er mußte!"

„Mußte? — O diese Fremden! — Sie leben in der Welt und nicht im Geiste. Sie leben dem Körper und nicht der Seele. Sie leben dem Alltag und vergessen die Ewigkeit. Ich verstehe sie nicht! — An ihre Tempel schreiben sie: Liebet eure Feinde und sie töten sich untereinander. — Nonna, bekehrt den Sahib mit dem reinen Gesicht zu unserem Glauben."

Mata nickte. „Den Sahib mit dem reinen Gesicht! Ja, das hat er. Ich will es versuchen Kara."

* * *

Als Mata im Wagen saß, fragte der Chauffeur:

„Durch den Bois de Boulogne?"

„Nein! Direkt," befahl sie. Da fuhr er durch die Avenue de la Grande Armée, über den Place de l'Etoile, die Champs Elysees hinunter, bog rechts ab über den Pont de la Concorde und hielt nach zwei Minuten vor dem Portal des Ministère de la guerre.

Dort war Mata Hari bekannt.

Man wußte um ihre Freundschaft zum Kriegsminister und empfing sie als große Dame.

Der Minister war mehr als erfreut über ihren Besuch.

„Was macht mich so glücklich, Mata, Sie zu sehen?" fragte er und begrüßte sie mit ausgestreckten Händen.

„Ein Unglück, mein Lieber," antwortete sie.

„Mon Dieu! Betrifft es Sie?"

„Ja!"

„Ich bin untröstlich. Darf ich wissen, was geschehen ist?"

„Ich könnte lügen —"

„Das tut Mata Hari nicht," fiel er ein. „Und wenn, ist auch das Glück, von ihr belogen zu werden."

„Für Sie vielleicht, Sie Treuester der Treuen, nicht für die weniger Großen. Kurzum: mein Freund —," sie besann sich. Er war ja auch ihr Freund und so verbesserte sie sich — „mein liebster Freund —"

„Bin der nicht ich?" fragte er.

„Nein, mon cher," sagte sie offen. „Der sind Sie nicht" und der Minister war sichtlich betrübt.

Er liebte sie ja so aufrichtig, daß sie sich diese Offenheit gestatten konnte und hätte sie weiter geliebt, auch wenn sie ihm gesagt hätte: „Geh!"

Als sie seine Niedergeschlagenheit bemerkte, trat sie auf ihn zu, legte die Arme um seine Schultern, sah ihm tief in die Augen und sagte:

„Ich kann nicht mehr geben, als ich gab, Francois. Unwahr will ich nicht sein. Als Kavalier und Mann werden Sie immerhin zu würdigen wissen, was Sie von mir empfingen."

Ihre Nähe, ihr Blick, ihr Parfüm, ihre ganze exotische Persönlichkeit wirkten. Das Fluidum und der Zauber, die von ihr ausgingen, berauschten und hatten schon Männer jeder Stellung und jeden Alters die sträflichsten Torheiten begehen lassen.

„Ich werde Ihnen ewig dankbar sein," antwortete er fest. „Bitte, befehlen Sie über mich."

Mata setzte sich. Dann begann sie:

„Ich brauche die Aufenthaltsgenehmigung im Feldlazarett Vittel. Auch die Erlaubnis, dort pflegen zu dürfen, benötige ich. Mein liebster Freund, Rittmeister Marow, den ich vor wenig Wochen erst nach zwanzigjähriger Trennung wiedertraf — ich lernte ihn einst auf meiner Hochzeitsreise in Wiesbaden kennen — liegt dort verwundet. Scheinbar schwer, denn eine Schwester schrieb in seinem Namen."

„Mata, liebe Mata, Sie wollen meiner aufrichtigen Teilnahme versichert sein."

„Das bin ich, Sie Guter. — Und darf ich um Ihre Hilfe bitten?"

„Nicht nur bitten, Sie dürfen sie verlangen."

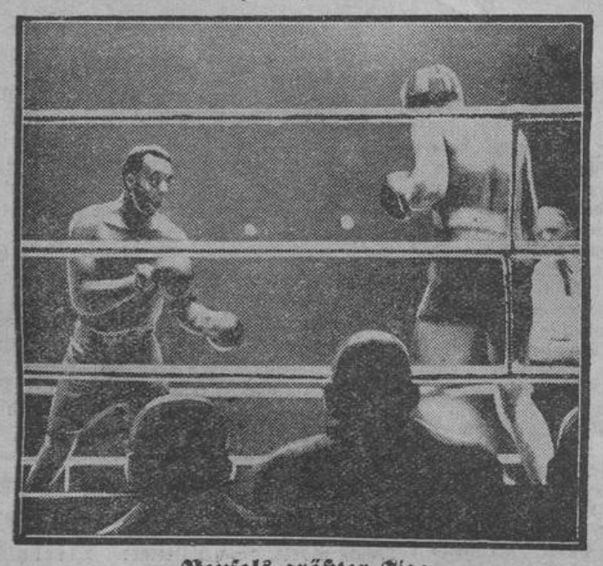
„Dauert es lange, bis die Papiere bereit sind?"

„Zwei Minuten," antwortete er und gab telephonischen Befehl.

Nach vier Minuten schon saß Mata Hari wieder im Wagen und fuhr nach Neuilly zurück.

„Morgen, mit dem Frühzuge, reise ich, Kara," sagte sie zu Hause zu diesem. „Bitte, nur den kleinen Koffer! Wenn ich mehr brauche, schreibe ich."

Anderen Tags gegen Mittag traf sie in Vittel ein.



Neusels größter Sieg

Der junge deutsche Schwergewichtler Walter Neusel-Bochum (rechts) konnte in Paris gegen den gefürchteten kanadischen Meister Larry Gains (links) über zehn Runden einen klaren Punktsieg erringen

Marow hatte sich böse ausgezahlt. Ueber dem rechten Auge, das nicht mehr vorhanden war, war der Stirnknochen zerschlagen.

Auf dem Verbandsplatze schon hatten die Aerzte bedenkliche Gesichter gemacht und die in Vittel machten noch bedenklichere.

Blind geboren werden ist schlimm, aber angesichts des Glückes blind werden, ist ein Unglück. — Und das stand zu befürchten.

Jetzt lag er im Einzelzimmer des zum Feldlazarett umgewandelten Vitteler Kurhauses im weißüberzogenen Bett mit verbundenem Kopfe, von dem nur Nase, Mund und Kinn sichtbar waren.

Er war ein stiller Kranker, ein sonderbarer, ein wunschloser. Er dankte nur immer oder er schwieg. Einen Seufzer hatte man von ihm noch nie gehört, geschweige denn eine Klage.

Nur einmal hatte er gebeten: „Schwester, wenn Sie eine Bibel haben, bitte, lesen Sie mir den 55. Psalm von Vers zehn ab vor."

Und Schwester Josepha hatte es getan.

„Mache ihre Zunge uneins, Herr, und laß sie untergehen, denn ich sehe Frevel und Hader in der Stadt. — Solches gehet Tag und Nacht um und um auf ihren Mauern, und Mühe und Arbeit ist drinnen. — Schadentun regieret drinnen, Lügen und Trügen läßt nicht von ihrer Gasse. — Wenn mich doch mein Feind schändete, wollte ich's leiden, und wenn mein Hasser wider mich pochte, wollte ich mich vor ihm verbergen. Du aber bist mein Geselle, mein Freund und mein Verwandter. Die wir freundlich waren unter uns, wir wandelten im Hause Gottes unter der Menge. — Der Tod übereile sie, und müssen lebendig in die Hölle fahren, denn es ist eitel Bosheit unter ihrem Haufen. — Ich aber will zu Gott rufen, und der Herr wird mir helfen. Des Abends, Morgens und Mittags will ich klagen und rufen, so wird er meine Stimme hören. Er erlöset meine Seele von denen, die an mich wollen und schaffet ihr Ruhe. Denn ihrer sind viele wider mich. — Gott wird hören und sie demütigen, denn sie werden nicht anders und fürchten Gott nicht. — Sie legen ihre Hände an seine Friedsamen und entheiligen seinen Bund. — Ihr Mund ist glätter denn Butter und haben doch Krieg im Sinn. Ihre Worte sind gelinder denn Oel und sind doch bloße Schwerter. Wirf dein Anliegen auf den Herrn, der wird dich versorgen und wird den Gerechten nicht ewiglich in Unruhe lassen. — Aber, Gott, du wirst sie hinunterstoßen in die tiefe Grube: die Blutgierigen und Falschen werden ihr Leben nicht zur Hälfte bringen. Ich aber hoffe auf dich"

„Und komme zu dir," hatte Marow leise hinzugesetzt.

* * *

Doch, noch einmal hatte er um etwas gebeten. Um jenen Brief an Mata Hari, der sie herführen sollte in seine Nacht und der sie auch hergeführt hatte, heute erst.

Sie saß unten beim Chefarzt und besprach sich mit ihm.

„Sie sind avisiert, gnädige Frau," hatte der Chefarzt gesagt. „Der Herr Kriegsminister hat bereits persönlich mit mir gesprochen."

„Das ist nett. Und wie haben Sie entschieden?"

„Bleibt da noch etwas zu entscheiden, wenn die Herren an der Sonne sich für jemanden einsetzen? Deren Wünsche sind Befehle."

Mata lächelte. Sie wußte wohl, wie seine Worte gemeint waren, wollte ihn aber doch in Verlegenheit bringen und tat es auch.

„Sie scheinen nicht gerade begeistert zu sein von dem Wunsche des Ministers," sagte sie.

„Um Gotteswillen, so meine ich es nicht. Im Gegenteil, ich freue mich, gnädige Frau, daß Sie hier sind. Es war sogar nötig, daß Sie kamen. Ich kann aus dem Kranken nicht klug werden. Er scheint sich seelisch zuviel zu beschäftigen. Er klagt nicht, er spricht nicht, hat keine Wünsche, liegt still und ruhig auf seinem Lager."

„Und sonst?"

„Wie meinen Sie gnädige Frau?"

„Seine Verwundung meine ich."

„Hm," machte der Chef und sah lange nachdenklich ins Leere. Er schien die Worte zu überlegen, die er zu sagen hatte.

Da fragte Mata: „Besteht Lebensgefahr?"

„Nicht mehr," entgegnete er, „aber — —"

Er schwieg wieder.

„Reden Sie doch, Herr Stabsarzt. Ich kann das Schlimmste hören."

„Sie haben Mut?"

„Mut? Was ist Mut? Wissen Sie es? Ich kenne keinen Mut. Ich kenne nur einen unerschütterlichen Glauben an ein höheres Walten. Wir können unserem Schicksal nicht entgehen. Wir können es auch nicht wenden. Wir können nur eines, nämlich nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht tun. Wir können nur der Verantwortung uns und unseren Mitmenschen gegenüber genügen, deren Erfüllung unser künftiges Leben in unserem jetzigen Dasein von uns verlangt. Weiter nichts."

Der Chefarzt sah mit großen Augen zu Mata hinüber. Er bewunderte die schöne und kluge Frau, ging auf sie zu und küßte ihr die Hand.

Mata Hari lächelte.

„War das ein Erlebnis?" fragte sie und der Chef antwortete:

„Das war es."

Liebenswürdig sagte sie:

„Dann handeln Sie danach, Herr Stabsarzt. Ihre Patienten werden es Ihnen danken, denn Sie gewähren dann nicht nur Hilfe, sondern spenden auch Liebe."

„Ich werde es."

„Das soll ein Wort sein! — Und was ist nun mit Marow?"

„Er wird blind werden."

Einen Augenblick stutzte Mata, dann sagte sie: „Dann wird das Licht in ihm sein. Er wird mit der Seele sehen. — Ich möchte zu ihm gehen."

Der Chefarzt führte sie persönlich zu dem Kranken.

* * *

Neben Marows Krankenzimmer war ein Zimmer für Mata Hari eingerichtet worden.

Sie hatte sich von Kara Kleider und Wäsche nachschicken lassen müssen. Ihr Aufenthalt in Vittel währte lang. Die Wunde Marows wollte nicht verheilen.

Das Augenlicht hatte er nicht wiederbekommen. Er war vollständig erblindet. Der Sahib mit dem reinen Gesicht trug seine lichtlosen Tage geduldig. Er war immer gleichmäßig freundlich, nur wenn vom großen Völkerringen und vom heiligen Krieg die Rede war, verdunkelten sich seine Züge.

Heute saß er am Fenster seiner Krankenstube und Mata saß ihm gegenüber.

„Was ist das für ein Kommen und Gehen auf den Korridoren," fragte er „und für ein Autohupen da unten?"

„Es hat irgendwo wieder etwas gegeben," antwortete Mata. „Sie bringen neue Verwundete!"

„Ist der Tod noch nicht satt! Wann werden sie Frieden machen die Toren. Einen Waffensieg werden sie nie erringen."

„Sie müssen es aber doch glauben, denn erst vor wenig Wochen hat der Generalissimus in seiner Botschaft an das Heer wörtlich gesagt: Während unsere Feinde von Frieden sprechen, denken wir nur an Krieg und Sieg. — Das war erst am 6. Januar, mein Lieber. Und soviel ich sehe, bereiten sie große Dinge vor."

„Offensive?"

„Ich glaube?"

„Dieser Frevel! Wieviel blühende Männer werden da wieder sterben müssen und Krüppel werden für die wenigen die aus dem Morden Nutzen ziehen. Wenn man doch helfen könnte. Ihre Maßnahmen vereiteln! Wenn man das doch könnte!"

„Und wenn du es könntest, wem würdest du helfen?"

„Beiden!"

„Das ist unmöglich!"

„Durchaus nicht, Traute. — Was wollen die einzelnen Soldaten, die hüben und die drüben? Frieden! — Die leitenden Personen und die treibenden Personen wollen das letzten Endes auch, aber sie wollen Bedingungen stellen können, wenn es so weit ist. Und diese Bedingungen sind nicht ethischer, sondern wirtschaftlicher Art."

„Welcher Art sind sie? Unterrichte mich, Lex. Ich weiß so wenig von den Zielen dieses Krieges."

„Ich will dir nur einige Andeutungen machen, die dich restlos ins Bild bringen werden. Der belgische Gesandte, Baron Greindl, schrieb schon im Februar 1905: „Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie."

„Das war im Februar 1905, Lex!"

„Es hat sich nichts geändert im verflossenen Jahrzehnt. Die wahre Ursache des Hasses ist auch die wahre Ursache des Krieges."

„So ist die Vernichtung des deutschen Militarismusses nicht der wahre Kriegsgrund?"

„Nein, Traute! Das ist kein Grund, sondern ein Ziel. England hat schon vor dem Schweden Larsen den wahren Sinn des deutschen Militarismusses erkannt, der mit dem Militär eigentlich nur bedingt zu tun hat und dessen Lehrstätten neben der Kaserne Schule und Haus, Fabrik und Kontor sind und der, wie Larsen sagt, nichts anderes ist, als der äußere Ausdruck einer ungemeinen Konzentration und Energie auf allen Gebieten öffentlichen und privaten Lebens, eine erarbeitete riesenhafte Organisation von Wissen und Können, Unterordnungsfähigkeit und Führungsvermögen, Voraussicht und Wagemut. — England weiß, daß Deutschland in Trümmern gehen wird und gehen muß, wenn ihm dieses Ureigenste, dieses spezifisch Deutsche, dieses Etwas genommen wird, das eben nur Deutschland besitzt."



Die deutschen Wohltätigkeitsmarken 1932

Die Deutsche Reichspost gibt am 1. November eine neue Serie Wohltätigkeitsmarken heraus, auf denen deutsche Burgen abgebildet sind: 4 und 2 Pfennig, hellblau (Wartburg); 6 und 4 Pfennig, olivgrün (Schloß Stolzenfels); 12 und 3 Pfennig, orange (Burg Nürnberg); 25 und 10 Pfennig, blau (Burg Lichtenfels) und 40 und 40 Pfennig, violett (Schloß Marburg)